

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

## INHALT:

<b>GI Aktuell</b>	Seite 28
<b>GI Leitsätze</b>	Seite 28, 49
<b>Mandatsniederlegung</b> Fristenlauf / Belehrungspflichten (BGH, Urt. v. 10.9.1998 - II ZB 21/98)	Seite 29
<b>Fristenkontrolle</b> Organisationsanweisungen an Mitarbeiter / Bearbeitung telefonischer Anforderungen des Gerichts (BGH, Beschl. v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98)	Seite 30
<b>Fristversäumnis</b> Formgerechte Berufung / Bezeichnung des Berufungsklägers / Auslegung des Schriftsatzes (BGH, Beschl. v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98)	Seite 32
<b>Anwaltsvertrag und Honoraranspruch</b> Zustandekommen des RA-Vertrages / Belehrungspflicht zur Honorarhöhe? / Verjährung des Honoraranspruchs / Fälligkeit / Einforderbarkeit (BGH, Urt. v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97)	Seite 33
<b>Honorar des Steuerberaters</b> Berechnung nicht in Ordnung / Nachbesserung der Rechnung / Honorarrückforderung / Tätigkeit im Ermittlungsverfahren (OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.4.1998 - 13 U 86/96)	Seite 39
<b>Honorar des Steuerberaters</b> Zeithonorar / Verjährung / Fälligkeit (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.6.1998 - 13 U 151/97)	Seite 42
<b>Steuerberaterhaftung</b> Zeitpunkt des Zugangs des Steuerbescheids / Kausalität / Information des Mandanten an Steuerberater (OLG Köln, Urt. v. 6.8.1998 - 18 U 293/98)	Seite 43
<b>Anwaltshaftung</b> Versicherungsmandat / Brandschaden / 2 1/2 Jahre Untätigkeit nach Ablehnung / Mandatsende, Verantwortungsbereiche / Unterbrechung des Kausalzusammenhangs (OLG München, Urt. v. 15.12.1997 - 12 RR 338/96)	Seite 44
<b>Berichtigung von Steuerbescheiden</b> Offenbare Unrichtigkeit, § 129 AO / USt-Vorauszahlung nicht in Einnahme-Überschuß-Rechnung (FG Berlin, Urt. v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97)	Seite 46
<b>Versicherungsschutz</b> Rechtsschutzversicherung / Unnötige Kostenenerhöhung, § 15 ARB 75 / Obliegenheitsverletzung (AG Bremen, Urt. v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98)	Seite 48
<b>GI Hinweise</b>	Seite 50



## GI Aktuell

### BVerfG: Gerichtliche Vorlage zur Verfassungsmäßigkeit der Gewerbebeertragsteuer ist unzulässig

Die 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG hat die Vorlage des Niedersächsischen Finanzgerichts (Aussetzungs- und Vorlagebeschluß vom 24.6.1998) zur Verfassungsmäßigkeit der **Gewerbebeertragsteuer** einstimmig als **unzulässig** verworfen.

#### I.

Das Finanzgericht hatte die Auffassung vertreten, es sei nicht mit **Art. 3 Abs. 1 GG (allgemeiner Gleichheitssatz)** vereinbar, daß Gewerbebetriebe im Gegensatz zu den Betrieben der selbständig Tätigen i.S.v. § 18 EStG und der Land- und Forstwirte i.S.v. § 13 EStG der Gewerbebeertragsteuer unterliegen. Ferner sei Art. 3 Abs. 1 GG dadurch verletzt, daß nicht gewerbliche Einkünfte von Gesellschaften bürgerlichen Rechts bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG – im Gegensatz zur steuerlichen Behandlung solcher Einkünfte bei Einzelunternehmern – als gewerbliche Einkünfte (um-)qualifiziert werden und in vollem Umfang der Gewerbesteuer unterliegen.

#### II.

Die 3. Kammer des Ersten Senats hat die Zulässigkeit der Vorlage verneint.

#### Zur Begründung heißt es u.a.:

Eine Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG ist grundsätzlich unzulässig, wenn das BVerfG über die Frage der Vereinbarkeit der vorgelegten Norm mit höherrangigem Recht bereits entschieden hat. Das vorlegende Gericht ist dann gemäß § 31 Abs. 1 BVerfGG an die Entscheidungen des BVerfG gebunden.

Dies ist hier der Fall: Das BVerfG hat die Verfassungsmäßigkeit der Gewerbebeertragsteuer als solche in ständiger Rechtsprechung ausdrücklich bejaht. Eine erneute Vorlage ist nur dann nicht ausgeschlossen, wenn tatsächliche oder rechtliche Veränderungen eingetreten sind, die die Grundlage der früheren Entscheidung berühren und deren Überprüfung nahelegen. Jedoch sind an die Begründung einer zweiten Vorlage gesteigerte Anforderungen zu stellen. Sie muß von der Entscheidung des BVerfG ausgehen und darlegen, inwiefern sich die für die verfassungsrechtliche Beurteilung maßgebliche Lage verändert haben soll.

Diesen Anforderungen hat – wie die Kammer ausführt – der Vorlagebeschluß in bezug auf die zur Überprüfung gestellten Vorschriften über die Gewerbebeertragsteuer nicht genügt.

Soweit der Vorlagebeschluß § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG zur verfassungsgerichtlichen Prüfung stellt, ist die Vorlage bereits deshalb unzulässig, weil im Zeitpunkt der Vorlage nicht feststand, daß es für die Entscheidung auf die Gültigkeit der Vorschrift ankommt.

(BVerfG, Beschl. v. 17.11.1998 – 1 BvL 10/98)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 30.12.1998

## GI Leitsätze

### Fristenkontrolle/Streichung von Fristen

Die selbständige Entscheidung über das Streichen von Fristen aufgrund einer inhaltlichen Bewertung vom Steuerberater an den Mandanten gerichteter Schreiben ist kein einfacher büromäßiger Vorgang, bei dessen fehlerhafter Erledigung Wiedereinsetzung gewährt werden kann.

(BFH, Beschl. v. 13.3.1997 – III B 135/96, BFH/NV 1997, 773)

### Fristenkontrolle/Büropersonal/Organisation/Gerichtspost

1. Zu einer nicht ermessensfehlerhaften Entscheidung, trotz Ausbleibens des geladenen, nicht entschuldigten Klägersvertreters mündlich zu verhandeln.

2. Das Verschulden der nach § 53 BRAO bestellten Vertreterin eines Rechtsanwalts ist dem Beteiligten nicht zuzurechnen, wenn diese in seiner Sache wie eine bloße Bürohilfskraft eingesetzt war.

3. Ein Rechtsanwalt darf seinem Büropersonal nicht völlig selbständig die Prüfung überlassen, ob durch ein Schriftstück eine Frist in Lauf gesetzt wird.

4. Es ist ein Organisationsverschulden, wenn der Rechtsanwalt darauf verzichtet, sich auf Anordnung eines Gerichts zugestellte Post selbst vorlegen zu lassen.

(BFH, Beschl. v. 13.3.1997 – III B 185/96, BFH/NV 1997, 773)

## Mandatsniederlegung

- Fristenlauf
- Belehrungspflichten  
(BGH, Urt. v. 10.9.1998 - II ZB 21/98)

### Leitsatz:

**Zu den Sorgfaltsanforderungen eines Rechtsanwalts, der während des Laufs der Berufungsbegründungsfrist gegenüber seinem Auftraggeber die Niederlegung des Mandats erklären will.**

### Aus den Gründen:

#### I.

Das Urteil des Landgerichts, durch das der Beklagte zur Herausgabe eines PKW verurteilt worden ist, ist seinem Prozeßbevollmächtigten am 13.1.1998 zugestellt worden. Die am 3.2.1998 ordnungsgemäß eingelegte Berufung ist jedoch erst mit einem am 23.3.1998 bei dem Berufungsgericht eingegangenen Schriftsatz begründet worden.

Der Beklagte hat um die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit der Begründung nachgesucht, sein zweitinstanzlicher Bevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. H., habe mit Schreiben vom 17.2.1998 das Mandat niedergelegt und ihn hierüber am folgenden Tag dadurch unterrichten wollen, daß er die bei ihm tätige Rechtsreferendarin C. zu seiner, des Beklagten, Büroadresse geschickt habe, wo Frau C. ihn indessen nicht angetroffen, sondern das Schreiben dem Vermieter G. zur Weiterleitung an ihn überlassen habe. Da G. ihm das Schreiben versehentlich nicht ausgehändigt habe, sei es erst am 10.3.1998 in seinen Besitz gelangt.

Das Berufungsgericht hat das Wiedereinsetzungsgesuch zurückgewiesen und die Berufung verworfen. Hiergegen richtet sich die rechtzeitig eingelegte sofortige Beschwerde des Beklagten.

#### II.

Die formell unbedenkliche sofortige Beschwerde hat keinen Erfolg. Das Berufungsgericht hat dem Beklagten mit Recht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt, weil er die Wahrung der Berufungsbegründungsfrist nicht ohne eigenes bzw. ihm zuzurechnendes Verschulden seines früheren Prozeßbevollmächtigten versäumt hat, wie dies § 233 ZPO voraussetzt.

Im Ausgangspunkt zutreffend und von dem Beschwerdeführer auch nicht angegriffen hat das Berufungsgericht angenommen, der damalige Prozeßbevollmächtigte des Beklagten sei befugt gewesen, **seinen Auftraggeber von der Niederlegung des Mandats durch ein formloses Schreiben zu unterrichten**. Dies steht ebenso in Einklang mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung wie die weitere Annahme, **der Anwalt sei grundsätzlich nicht verpflichtet, bei seinem Mandanten Nachfrage zu halten, ob er ein derart versandtes Schreiben erhalten habe** (vgl. BGH, Urt. v. 30.9.1958 - VIII ZR 133/57, VersR 1958, 789; Beschl. v. 23.1.1963 - VIII ZB 19/62, LM-ZPO § 233 [Fc] Nr. 23; Beschl. v. 14.11.1984 - VIII ZR 184/84, GI 40/85 = VersR 1985, 90; Beschl. v. 13.11.1991 - VIII ZB 29/91 [juris] m.w.N.).

**Zutreffend ist ferner die Auffassung des Berufungsgerichts, daß ein Anwalt für einfache Botengänge sein als zuverlässig erkanntes Büropersonal einsetzen kann** (vgl. BAG, NJW 1972, 887; Zöller/Greger, ZPO 20. Aufl., § 233 Rdnr. 23 „Büropersonal“). Gleichwohl ist der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten – legt man den durch eidesstattliche Versicherungen glaubhaft gemachten Sachverhalt der Beurteilung zugrunde – im vorliegenden Fall den an einen sorgfältig handelnden Rechtsanwalt zu stellenden Anforderungen nicht gerecht geworden.

Hätte Rechtsanwalt Dr. H. das Schreiben mit der Nachricht von der Mandatsniederlegung dem Beklagten an seine ihm bekannte Privatanschrift in B. oder an das in F. angemietete Geschäftslokal **mit der normalen Post versandt, hätte er nach den Maßstäben der o.g. höchstrichterlichen Rechtsprechung davon ausgehen dürfen, daß diese Briefe den Beklagten so rechtzeitig vor Ablauf der Rechtsmittelbegründungsfrist erreichten, daß dieser selbst für seine weitere Vertretung und die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist oder die fristgerechte Vorlage des Schriftsatzes Sorge tragen könnte**.

Nach dem Vorbringen des Beklagten hielt er sich nämlich im Raum F. auf und hätte zumindest bei einem Aufsuchen seines von Herrn G. angemieteten Geschäftslokals den von der Post eingelieferten Brief rechtzeitig vorgefunden. Entsprechendes gilt, sofern Dr. H. das genannte Schreiben dem Beklagten in dessen weiteren, in seiner, des Prozeßbevollmächtigten, Kanzlei bestehenden Büro zugeleitet hätte.

Demgegenüber war die Übermittlung des Schreibens per Boten, die obendrein nicht einmal

durch einen besonderen Zeitdruck veranlaßt war, mit erheblichen Risiken verbunden: **Als freie Mitarbeiterin gehörte die eingesetzte Botin ihrer Stellung nach schon nicht zu der Gruppe der Angestellten eines Anwalts, die sich in der Vergangenheit als zweifelsfrei zuverlässig auch bei der Erledigung solcher Angelegenheiten erwiesen haben, bei denen wegen der Wahrung von Fristen besondere Sorgfalt erforderlich ist;** daß sie die notwendige Zuverlässigkeit in anderer Weise unter Beweis gestellt hätte, ist nicht glaubhaft gemacht. Vor allem war die Übermittlung des Schreibens per Boten an die Geschäftsadresse am K.-Platz in F. auch deswegen mit besonderen Unsicherheiten verbunden, weil nicht sichergestellt war, daß die Botin C. den Beklagten am 18.2.1998 um die Mittagszeit dort antreffen werde.

Aus allen diesen Gründen liegt, wie das Oberlandesgericht im Ergebnis mit Recht angenommen hat, **einer der Ausnahmefälle vor, bei denen der Anwalt sich nicht auf den Versand eines wichtigen Schreibens beschränken darf, sondern weitere Maßnahmen ergreifen muß** (vgl. BGH, Beschl. v. 23.1.1963, a.a.O.; Beschl. v. 26.9.1985 - VII ZB 14/85, VersR 1986, 36).

Wenn Rechtsanwalt Dr. H. zunächst auch nicht verpflichtet war, bei dem Beklagten selbst nachzufragen, ob er sein Schreiben erhalten habe, **so mußte er sich doch bei seiner freien Mitarbeiterin C. nach ihrer Rückkehr erkundigen, ob und in welcher Weise sie seinen Auftrag ausgeführt hatte und ob demgemäß sichergestellt war, daß der Beklagte das Schreiben erhalten hatte.** Wäre er dementsprechend vorgegangen, hätte er erfahren, daß die Botin den Beklagten nicht angetroffen, sondern die Nachricht nur dessen Vermieter zur Weiterleitung überlassen hatte. Dann wäre er gehalten gewesen, in anderer Weise dafür zu sorgen, daß der Beklagte keinen Rechtsverlust erleiden konnte.

Ein dem Beklagten zuzurechnendes Anwaltsverschulden läge aber auch dann vor, wenn – wie die Klägerin unter Vortrag einer großen Zahl von Einzelumständen behauptet hat – der Beklagte „untergetaucht“ war und dies seinem Prozeßvertreter bekannt war. Dann war der Übermittlungsversuch per Boten, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß der Beklagte mit der Rechtsreferendarin C. in einer auch privaten Beziehung stand, von vornherein mit dem besonders hohen Risiko versehen, daß die Mitteilung den Empfänger nicht fristgerecht erreichte.

Um so mehr war Rechtsanwalt Dr. H. gehalten, sich durch Rückfrage bei Frau C. zu vergewissern, daß sie das Schreiben dem Beklagten tatsächlich, wenn auch nicht unbedingt in seinem Büro am K.-Platz, ausgehändigt hatte. Sollte demgegenüber der Beklagte „untergetaucht“ sein, ohne dies seinem Anwalt mitzuteilen, so träfe ihn selbst ein die Wiedereinsetzung ausschließendes Verschulden.

## Fristenkontrolle

- Organisationsanweisungen an Mitarbeiter
- Bearbeitung telefonischer Anforderungen des Gerichts

(BGH, Beschl. v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98)

### Leitsatz:

**Zu den Organisationsaufgaben eines Anwalts gehört es, Anordnungen über die Bearbeitung telefonischer Anforderungen des Gerichts auf Rückgabe der Gerichtsakten zu treffen, die sich in seiner Kanzlei befinden und die erkennbar zur Bearbeitung seines Antrags auf Fristverlängerung benötigt werden.**

### Aus den Gründen:

#### I.

1. Die Klägerin verlangt von den Beklagten restliches Entgelt in Höhe von insgesamt 104.016,05 DM für von ihr errichtete Eigentumswohnungen. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Die Klägerin hat hiergegen rechtzeitig Berufung eingelegt. Auf ihren Antrag ist die Frist zur Berufungsbegründung erstmals bis zum 12.1.1998 verlängert worden.

Am 9.1.1998 ging ein zweiter Antrag ihrer Prozeßbevollmächtigten bei Gericht ein, mit dem sie Verlängerung der Begründungsfrist um eine weitere Woche beantragten; zu dieser Zeit befanden sich die Gerichtsakten in ihrer Kanzlei zur Einsicht. Die Akten wurden nach mehrfacher telefonischer Anforderung, erstmals am 12.1.1998, am 2.2.1998 zurückgegeben.

Noch am selben Tag verlängerte der Senatsvorsitzende antragsgemäß die Berufungsbegründungsfrist bis zum 19.1.1998. Mit Eingang der Verlängerungsverfügung am 4.2.1998 erkannten

die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin, daß die Berufungsbegründungsfrist versäumt worden war.

Die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin beantragten mit am 6.2.1998 eingegangenem Schriftsatz Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist und begründeten das Rechtsmittel. Sie führten aus, die Fristversäumung sei unverschuldet, da ihre langjährig tätigen, ansonsten zuverlässigen Mitarbeiter entgegen ihrer ausdrücklichen organisatorischen Weisung auf der vom Gericht zurückgesandten Empfangsbescheinigung des Antrages vom 9.1.1998 nicht vermerkt hätten, daß es sich um einen Antrag auf Verlängerung um nur eine Woche gehandelt habe. Folglich sei, wie in diesen Fällen üblich, im Fristenkalender eine Frist von einem Monat vorsorglich vorgetragen worden.

2. Das Berufungsgericht hat den Antrag auf Wiedereinsetzung abgewiesen und die Berufung der Klägerin als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Organisation des Fristenvortrages bei Verlängerung von Berufungsbegründungsfristen im Büro der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin sei fehlerhaft. Die beantragte Verlängerung habe nicht endgültig eingetragen werden dürfen, bevor dem Antrag stattgegeben worden sei. Ein Rechtsanwalt müsse sich grundsätzlich vor Fristablauf vergewissern, ob sein Gesuch Erfolg habe. Er sei zumindest gehalten, sich über das Schicksal seines Antrages zu erkundigen und dürfe nicht das Risiko eingehen, daß die Berufungsbegründungsfrist nicht gewahrt werde. Sein Vertrauen in eine Verlängerung dürfe jedenfalls nicht so weit gehen, daß er auch noch die Frist des § 234 Abs. 1 ZPO versäume. Das sei hier der Fall.

3. Hiergegen wendet sich die form- und fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde der Klägerin, mit der sie ihr Vorbringen vertieft.

## II.

Das Rechtsmittel der Klägerin hat keinen Erfolg. Das Oberlandesgericht hat die Berufung zu Recht als unzulässig verworfen, weil sie erst nach Ablauf der bis zum 19.1.1998 verlängerten Begründungsfrist begründet wurde. Durch die erst am 6.2.1998 eingegangene Berufungsbegründung wurde die Frist nicht gewahrt, da das Oberlandesgericht der Klägerin im Ergebnis zu Recht die Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Begründungsfrist versagt hat.

1. Die Klägerin hat nicht dargelegt, daß der Arbeitsablauf in dem Büro ihrer Prozeßbevollmächtigten fehlerfrei organisiert war; bei richtiger Organisation wäre es zu einer Fristversäumung nicht gekommen. Das nicht eingeräumte Verschulden ihrer Prozeßbevollmächtigten ist der Klägerin zuzurechnen (§ 85 Abs. 2 ZPO).

a) **Der Rechtsanwalt muß durch allgemeine, unmißverständliche Anweisungen für eine einwandfreie Büroorganisation sorgen.** Dazu gehört auch die **Anordnung über die Bearbeitung von telefonischen Anforderungen des Gerichts auf Rückgabe der Gerichtsakten**, die sich in der Kanzlei des Rechtsanwalts befinden und die das Gericht erkennbar benötigt, um einen eilbedürftigen Antrag des Rechtsanwalts auf Fristverlängerung bearbeiten zu können.

b) **Die Klägerin hat nicht vorgetragen, welche Anweisungen ihr Prozeßbevollmächtigter über die Behandlung eilbedürftiger telefonischer Aktenanforderungen des Gerichts getroffen hatte.** Die Gerichtsakten wurden, worauf die Beklagte vorliegend zutreffend hingewiesen hat, erst aufgrund der dritten telefonischen Anforderung an das Berufungsgericht zurückgegeben. Die Klägerin hat hierzu keine Stellung genommen; aus der Gerichtsakte ist ein Grund für die verzögerte Rückgabe nicht ersichtlich.

Ist danach vom Fehlen einer Anweisung auszugehen, so ist dies für die Fristversäumung ursächlich geworden. Hätten die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin angeordnet, daß Gerichtsakten auf Anforderung unverzüglich an das Gericht zurückzusenden sind, so wären die am 12.1.1998 telefonisch angeforderten Gerichtsakten mit hinreichender Sicherheit am nächsten Tag bei Gericht eingegangen; der Antrag auf Fristverlängerung hätte am selben Tag bearbeitet werden können.

**Die Verfügung des Senatsvorsitzenden, mit der die begehrte Fristverlängerung bis zum 19.1.1998 bewilligt wurde, wäre den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin zwei Tage später, also am 15.1.1998 zugegangen, so daß die fehlerhafte Eintragung der Begründungsfrist auf den 12.2.1998 bemerkt worden wäre.** Dieser Ablauf läßt sich mit hinreichender Sicherheit aus der Aktenrückgabe am 2.2.1998 und dem tatsächlichen Eingang der Verfügung des Senatsvorsitzenden, mit der er die Frist antragsgemäß verlängert hatte, bei den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin am 4.2.1998 herleiten.

2. Angesichts des nicht ausgeräumten Organisationsverschuldens braucht der Senat nicht darüber zu befinden, ob die vom Berufungsgericht angeführte Begründung zutrifft. Insbesondere können die Fragen offenbleiben, ob die Handakten dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin nicht schon am 12.1.1998 vorzulegen waren und ob er sich an diesem Tag bei Gericht hätte erkundigen müssen, ob seinem zweiten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist stattgegeben worden war.

## Fristversäumnis

- Formgerechte Berufung
- Bezeichnung des Berufungsklägers
- Auslegung des Schriftsatzes  
(BGH, Beschl. v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98)

### Leitsatz:

Die Berufung ist nicht formgerecht eingelegt und daher unzulässig, wenn der Berufungskläger fehlerhaft bezeichnet und die Bezeichnung nicht auslegungsfähig ist.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin, Frau R., verlangt von der Beklagten aus abgetretenem Recht der „Firma K & T ... GmbH, G.-D.-Straße 20-21 in B.“ Werklohn von noch 84.178,53 DM. Das Landgericht hat die Klage mit Ausnahme eines Teilbetrages von 1.058 DM abgewiesen. Gegen das der Klägerin am 20.11.1997 zugestellte Urteil hat deren Prozeßbevollmächtigter fristgerecht am 22.12.1997 ohne Vorlage des angegriffenen Urteils Berufung wie folgt eingelegt:

„BERUFUNG  
der K & T ... GmbH,  
vertr. d. d. GF W. T., G.-D.-Straße 20-21 in B.,  
Klägerin und Berufungsklägerin,  
- Prozeßbevollmächtigter I. und II. Instanz:  
Rechtsanwalt Ch. J., B. Straße 32, B. -  
gegen  
die R. St. ... und St. ... GmbH,  
vertr. d. d. GF Ing. M. R., G.-B. D. 84, B.,  
Beklagte und Berufungsbeklagte,  
- Prozeßbevollmächtigte der I. Instanz:  
Rechtsanwalt B. E., G. Straße 20, B. -

Aktenzeichen I. Instanz:

Landgericht B. 35 O 593/95

Namens und in Vollmacht der Klägerin  
und Berufungsklägerin lege ich gegen  
das Urteil des Landgerichts B. vom  
04. Nov. 1997, zugestellt am 20. Nov. 1997,  
B e r u f u n g  
ein.“

Nach Antrag der Beklagten, die Berufung als unzulässig zu verwerfen, da die K & T GmbH nicht Partei des Prozesses und ein Klägerwechsel nicht zulässig sei, diesem auch ausdrücklich widersprochen werde, hat der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin die Berufung mit Schriftsatz vom 20.2.1998 begründet und darauf hingewiesen, daß die Berufung selbstverständlich namens und im Auftrag der Klägerin erster Instanz eingelegt worden sei. Nur aufgrund eines Büroversehens, das auch bei der Unterzeichnung der Berufungsschrift übersehen worden sei, sei die nicht verfahrensbeteiligte K & T GmbH aufgeführt worden.

Das Kammergericht hat mit Beschluß vom 2.3.1998 die Berufung der Klägerin, eingelegt unter dem Namen der K & T GmbH, verworfen, weil sie den Formerfordernissen des § 518 Abs. 2 ZPO nicht entspreche. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsfrist scheide aus. Dagegen richtet sich die fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde der Klägerin.

#### II.

Die zulässige sofortige Beschwerde ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat das Rechtsmittel zu Recht verworfen, weil es nicht der Form des § 518 Abs. 2 ZPO entspricht. Die unter K & T GmbH eingelegte Berufung kann nicht als Berufung der Klägerin angesehen werden.

1. a) Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist der Form der Berufungsschrift des § 518 Abs. 2 ZPO nur entsprochen, wenn bis zum Ablauf der Rechtsmittelfrist angegeben ist, für wen und gegen wen das Rechtsmittel eingelegt werden soll (Urt. v. 7.11.1995 - VI ZB 12/95, NJW 1996, 320; v. 31.3.1992 - VI ZB 7/92, VersR 1992, 761; v. 20.1.1988 - VIII ZR 296/86, NJW 1988, 1204, jeweils m.w.N.). Daran fehlt es, wenn in der Berufungsschrift der Rechtsmittelführer in der Weise unrichtig bezeichnet ist, daß anstelle des wirklichen Berufungsklägers ein anderes, mit ihm nicht identisches Rechtssubjekt bezeichnet wird.

b) Die Zulässigkeit der Berufung darf jedoch auch unter Beachtung der Verfahrensgarantie des Grundgesetzes, den Zugang zu den in den Verfahrensordnungen eingerichteten Instanzen nicht in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise zu erschweren (BVerfG, Beschl. v. 9.8.1991 - 1 BvR 630/91, NJW 1991, 3140), nicht an unvollständigen oder fehlerhaften Angaben scheitern, wenn für Gericht und Prozeßgegner das wirklich Gewollte deutlich wird (BGH, Urt. v. 7.11.1995 - VI ZB 12/95, a.a.O.).

2. Im Berufungsschriftsatz vom 20.12.1997 wird anstelle der wirklichen Berufungsklägerin die K & T GmbH als Klägerin und Berufungsklägerin bezeichnet, in deren Namen und Vollmacht Berufung eingelegt wird.

Auch unter Berücksichtigung der unter 1. b) genannten Grundsätze kann die Berufung der K & T GmbH nicht als Berufung der Klägerin angesehen werden. **Der Berufungsschrift vom 22.12.1997, die allein für die Beurteilung maßgebend ist, da die Klägerin das erstinstanzliche Urteil nicht beigefügt hat, kann aus der für die Auslegung maßgebenden Sicht (§§ 133, 157 BGB) des Gerichts und des Prozeßgegners dies nicht entnommen werden.**

Vom Prozeßbevollmächtigten der Klägerin, der diese in beiden Instanzen vertreten hat, war zwar das Urteil nach Beklagtem, Aktenzeichen, Datum und Zustellung richtig bezeichnet. Die eindeutige, jedoch fehlerhafte Angabe der Berufungsklägerin kann anders als in den vom Bundesgerichtshof bisher entschiedenen Fällen (Urt. v. 7.11.1995 - VI ZB 12/95, a.a.O.; v. 22.9.1977 - VII ZB 5/77, VersR 1977, 1100) nicht so ausgelegt werden, daß die Beschwerdeführerin als Berufungsklägerin angesehen werden kann.

Dafür spräche allenfalls die weitere Bezeichnung als „Klägerin“. **Wer „Klägerin“ war, war jedoch vom Gericht nicht erkennbar, weil das Urteil erster Instanz nicht vorgelegt wurde.** Auch der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten hat, obwohl er die Beklagte bereits in erster Instanz vertreten hatte und ihm daher bekannt war, wer Klägerin in erster Instanz war, die Berufung als Rechtsmittel der K & T GmbH verstanden und deswegen auch **unter anderem im Schriftsatz vom 19.1.1998 erklärt, daß er einem Parteiwechsel nicht zustimme.**

Dahingestellt bleiben kann, **ob ein Klägerwechsel in zweiter Instanz in dieser Form möglich**

wäre (vgl. dazu BGH, Urt. v. 21.9.1994 - VIII ZB 22/94, NJW 1994, 3358 = BGHR-ZPO § 519b Abs. 1 - Parteiwechsel 1) **oder dem Schriftsatz auch die Bedeutung eines Beitritts als Nebenintervenientin gemäß § 66 Abs. 2 ZPO beigelegt werden kann.** Jedenfalls lassen sich die Berufungsschrift vom 22.12.1997 und die sonstigen Umstände nicht dahin verstehen, daß keine vernünftigen Zweifel bestehen, es handle sich um eine Berufung durch die Beschwerdeführerin.

## Anwaltsvertrag und Honoraranspruch

- Zustandekommen des RA-Vertrages
- Belehrungspflicht zur Honorarhöhe
- Verjährung des Honoraranspruchs
- Fälligkeit
- Einforderbarkeit

(BGH, Urt. v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97)

### Leitsätze:

1. Zum Abschluß eines Anwaltsvertrages zur Vorbereitung eines Unternehmenskaufs, wenn der Rechtsanwalt für den Auftraggeber bereits in anderer Weise tätig ist (hier: als Unternehmensberater und Vorsitzender des Aufsichtsrats).
2. Zur Frage, wann der Rechtsanwalt den Mandanten vor Abschluß eines Anwaltsvertrages über die voraussichtliche Vergütung aufklären muß.
3. Die Klage auf Zahlung der Vergütung nach der BRAGO unterbricht die Verjährung des Vergütungsanspruchs auch dann, wenn der Rechtsanwalt seinem Auftraggeber noch keine Berechnung der Vergütung gemäß § 18 BRAGO mitgeteilt hat. Wird dies bis zur letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz nachgeholt, so wird die Vergütungsforderung damit einforderbar.

### Zum Sachverhalt:

Der klagende Rechtsanwalt und Diplom-Kaufmann verlangt von der beklagten GmbH eine Vergütung für die Vorbereitung und den Abschluß eines Kaufvertrages im Jahre 1993.

Der Kläger war ab April 1993 teils für die P.-Unternehmens- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH, teils im eigenen Namen für die Vor-gesellschaft der Beklagten als Unternehmens-berater für innerbetriebliche Weiterbildung tätig; diese Tätigkeit wurde nach einem verein-barten Tageshonorar von 1.100 DM abgerechnet.

Am 8.6.1993 beschlossen die Gesellschafter der Beklagten, den Kläger zum ersten Vorsitzenden ihres fakultativen Aufsichtsrats zu bestellen. Am 8.10.1993 wurde der Kläger als Vorsitzender des Aufsichtsrats abberufen.

Eine Mitwirkung an Gesellschaftsverträgen der Beklagten rechnete der Kläger im September 1993 nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO) ab; diese Vergütung wurde gezahlt.

Am 18.8.1993 kaufte die TDV-GmbH i.G. – diese wurde inzwischen mit der Beklagten verschmol-zen – mit Zustimmung der Treuhandanstalt von der C.-AG B.-W. den Betriebsteil Werkstechnik.

Wegen einer – streitigen – Mitwirkung an diesem Vertrag hat der Kläger von der Beklagten mit der am 5.1.1995 zugestellten Klageschrift eine Geschäfts- und Besprechungsgebühr gemäß § 118 BRAGO in Höhe von insgesamt 259.925,76 DM verlangt; der Klage hat er eine „vorläufige Kostenrechnung“ vom 21.9.1993 beigelegt, die nicht von ihm unterschrieben worden war.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Im Berufungsverfahren hat der Kläger eine von ihm unterzeichnete Rechnung vom 5.9.1996 über-reicht und Zahlung von 257.165,76 DM begehrt. Das Oberlandesgericht hat sein Rechtsmittel zurückgewiesen. Mit seiner Revision verfolgt der Kläger seine letzte Zahlungsforderung weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung des Beru-fungsurteils und Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

#### Aus den Gründen:

##### I.

Das Berufungsgericht hat angenommen, dem Kläger stehe keine anwaltliche Vergütung zu, und hat dazu ausgeführt: Sein Vortrag, er sei seit Mai 1993 für die Beklagte mit deren Billi-gung als Rechtsanwalt aufgetreten, enthalte keine konkreten Tatsachen. Da der Kläger auch

Unternehmensberater und Aufsichtsratsvorsit-zender der Beklagten gewesen sei, habe er die-ser gegenüber klarstellen müssen, in welcher Funktion er tätig werden wolle und solle. Das sei dem Kläger auch bewußt gewesen; dennoch habe er eine solche Klarstellung unterlassen.

Äußerungen der Beklagten, aus denen sich ergebe, daß sie den anwaltlichen Charakter der Tätigkeit des Klägers gekannt habe, fehlten. Der Kläger habe zu solchen subjektiven Umstän-den nichts vorgetragen, sondern lediglich den objektiven Bezug seiner Tätigkeiten zu seinem Anwaltsberuf dargelegt. Aus der Vollmacht vom 6.7.1993 könne der Kläger seine Beauftragung als Rechtsanwalt nicht herleiten. Dazu habe die Beklagte vorgebracht, die Bevollmächtigung, die am folgenden Tage berichtet worden sei, habe sich lediglich auf Erklärungen zu Gesellschafts-verträgen bezogen; dies habe der Kläger nicht bestritten.

Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, daß **der Klageanspruch, eine Vergütung gemäß der BRAGO zu zahlen, eine vertragliche Anwaltstätigkeit mit der dafür typischen Rechtsbeistandspflicht (§ 3 Abs. 1 BRAO) voraussetzt** (§ 1 Abs. 1 BRAGO: BGH, Urt. v. 17.4.1980 – III ZR 73/79, NJW 1980, 1855).

2. Die Revision rügt aber mit Erfolg, daß die tatrichterliche Feststellung, es sei davon auszu-gehen, daß der Kläger eine solche Tätigkeit nicht ausgeübt habe, auf einem Verstoß gegen § 286 ZPO beruht, weil das Berufungsgericht den streitigen Sachverhalt nicht umfassend geklärt hat.

a) Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts hat der Kläger hinreichend substantiiert vorge-tragen, daß er mit der Beklagten **einen Anwalts-dienstvertrag geschlossen habe, dessen Gegen-stand die Vorbereitung des Kaufvertrages gewesen sei** (§§ 611, 675 BGB: vgl. BGH, Urt. v. 16.11.1995 – IX ZR 148/94, GI 1996, 55 = WM 1996, 540, 541).

Der Kläger hat unter Beweisantritt, Überreichung von Unterlagen und Schilderung von Einzel-heiten behauptet, die Beklagte habe ihn 1993 beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechtshand-lungen zur Privatisierung und Übernahme des Betriebsteils Werkstechnik der C.-AG B.-W. vorzu-nehmen; in Wahrnehmung dieses anwaltlichen



Mandats habe er ab Mitte Mai 1993 die Bedingungen eines Kaufvertrages – insbesondere hinsichtlich des Kaufpreises und der Übernahme von Mitarbeitern – ausgehandelt und zusammen mit der Treuhandanstalt den am 18.8.1993 geschlossenen und beurkundeten Kaufvertrag entworfen und vorbereitet.

**Der schlüssigen Darlegung eines Anwaltsvertrages und der daraus folgenden Vergütungsforderung steht grundsätzlich nicht entgegen, daß der Kläger auch in anderer Weise für die Beklagte tätig war.**

Ob im Einzelfall ein Anwaltsvertrag vorliegt mit der Verpflichtung, dem Auftraggeber rechtlichen Beistand zu leisten, hängt vom Inhalt der Aufgabe ab, die dem Rechtsanwalt übertragen und von diesem durchgeführt wurde. **Die Rechtsberatung und -vertretung muß nicht der Schwerpunkt der anwaltlichen Tätigkeit sein. Ein Anwaltsvertrag im vorstehenden Sinne kann auch anwaltsfremde Maßnahmen umfassen, falls diese in einem engen inneren Zusammenhang mit der rechtlichen Beistandspflicht stehen und auch Rechtsfragen aufwerfen können. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Rechtsberatung und -vertretung völlig in den Hintergrund tritt und deswegen als unwesentlich erscheint** (BGH, Urt. v. 10.6.1985 – III ZR 73/84, NJW 1985, 2642; v. 27.1.1994 – IX ZR 195/93, GI 1994, 198 = NJW 1994, 1405, 1406, jeweils m.w.N.).

Läßt die Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls nicht die Feststellung zu, ob ein Anwaltsvertrag vorliegt oder nicht, so ist **im Zweifel anzunehmen, daß derjenige, der die Dienste eines Rechtsanwalts in Anspruch nimmt, ihn auch in dieser Eigenschaft beauftragen will, weil er erwartet, daß der Rechtsanwalt bei seiner Tätigkeit auch die rechtlichen Interessen des Auftraggebers wahrnehmen werde** (BGH, Urt. v. 17.4.1980, a.a.O., 1855 f; v. 10.6.1985, a.a.O.).

Danach kann ein Anwaltsvertrag gemäß §§ 3 Abs. 1 BRAO, 1 Abs. 1 BRAGO mit dem vom Kläger behaupteten Inhalt zwischen den Parteien neben den übrigen Tätigkeiten des Klägers für die Beklagte zustande gekommen sein.

b) Dies hat das Berufungsgericht zu Unrecht verneint mit der Begründung, der Kläger habe gegenüber der Beklagten die notwendige Klarstellung versäumt, in welcher Funktion er tätig werden wolle und solle.

Soweit der Kläger für die Vorgesellschaft der Beklagten als Unternehmensberater zur innerbetrieblichen Weiterbildung gegen ein Tageshonorar tätig war, durften die Geschäftsführer der Beklagten verständigerweise nicht annehmen, daß diese nach Gegenstand und Entgelt begrenzte Tätigkeit eine andersartige, ungleich bedeutendere Mitwirkung des Klägers an der Vorbereitung des Unternehmenskaufs umfaßte. Die Bestellung des Klägers zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats betraf auch aus der Sicht der Beklagten die Vorbereitung des Kaufvertrages zumindest insoweit nicht, als der Anwaltsdienstvertrag zur Erledigung dieser Aufgabe nach dem Klagevortrag bereits vorher geschlossen und ausgeführt worden war.

Nach der Feststellung des Berufungsgerichts hat der Beklagte den objektiven Bezug seiner entsprechenden Tätigkeit zu seinem Anwaltsberuf dargelegt. **Die Geschäftsführer der Beklagten haben nach dem unter Beweis gestellten Vorbringen des Klägers gewußt und gebilligt, daß dieser als Rechtsanwalt den Kaufvertrag – wie die Gesellschaftsverträge – vorbereitete, und nach Vertragsschluß diese anwaltliche Leistung gewürdigt.**

c) Entgegen der Ansicht der Revisionserweiterung entfällt der Klageanspruch zumindest nicht völlig gemäß § 52 Abs. 1 GmbHG i.V.m. §§ 113, 114 AktG.

Insoweit gilt mit Rücksicht auf die grundlegenden Entscheidungen des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs (BGHZ 114, 127; 126, 340) für den vorliegenden Fall nach dem bisher vorgetragenen und festgestellten Sachverhalt folgendes:

aa) Ist der behauptete Anwaltsdienstvertrag gemäß dem Klagevortrag geschlossen worden, bevor der Kläger am 8.6.1993 zum Aufsichtsratsmitglied bestellt wurde, so ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen (vgl. BGHZ 114, 127, 133; 126, 340, 348). Dann sind bei Richtigkeit des – unter Beweis gestellten – Vorbringens des Klägers, er habe – erstmals – am 11.5.1993 mit der Treuhandanstalt als Vertreterin der Verkäuferin über den Inhalt des vorgesehenen Kaufvertrages in Gegenwart der Geschäftsführer der Beklagten verhandelt, **wenigstens die Mindestgebühren gemäß § 118 Abs. 1 Nr. 1, 2 erster Halbsatz BRAGO zugunsten des Klägers entstanden** (vgl. Madert, in: Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, BRAGO 13. Aufl., § 118 Rdnr. 5, 8, 18).

bb) Die Bestellung des Klägers zum Aufsichtsratsmitglied der Beklagten kann sich allerdings auf den weitergehenden Gebührenanspruch aus einem Anwaltsvertrag der Parteien auswirken. **Bezog sich die Vertragspflicht des Klägers auf gesetzliche Organpflichten eines Aufsichtsratsmitglieds, etwa auf die Überwachung der Geschäftsführung (§§ 52 Abs. 1 GmbHG, 111 Abs. 1 AktG) und der damit verbundenen grundsätzlichen Unternehmenspolitik, so blieb der Anwaltsdienstvertrag wegen der zwingenden und abschließenden Regelung des § 113 AktG ohne Wirkung, solange das Aufsichtsratsmandat bestand** (vgl. BGHZ 114, 127, 129, 132 ff.).

Dieses Ergebnis stellt sich auch dann ein, wenn die Vertragspflichten des Klägers im Sinne des § 114 AktG außerhalb seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat lagen (vgl. dazu BGHZ 114, 127, 132; 126, 340, 344 f) und der Aufsichtsrat dem Vertrag nicht zugestimmt hat (vgl. BGHZ 126, 340, 347 f); in diesem Falle wäre zu prüfen, ob die weitergehende Klageforderung wegen einer ungerechtfertigten Bereicherung der Beklagten aus §§ 52 Abs. 1 GmbHG, 114 Abs. 2 Satz 2 AktG begründet ist.

Insoweit haben die Parteien bisher nichts vortragen. Dies können sie während des weiteren Berufungsverfahrens nachholen.

d) Danach hat der Kläger seinen Vergütungsanspruch dem Grunde nach substantiiert dargelegt. Da die Beklagte diesen Vortrag bestritten hat, ist insoweit eine Sachaufklärung erforderlich.

Ob die Vollmachten vom 6. und 7.7.1993, die die Beklagte dem Kläger erteilt hat, oder das Schreiben des Klägers an die Beklagte vom 4.6.1993 für oder gegen den streitigen Anwaltsvertrag sprechen, kann entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts nicht isoliert, sondern erst bei der abschließenden Gesamtwürdigung aller maßgeblichen Umstände beurteilt werden.

**3. Die Beklagte hat den geltend gemachten Schadenersatzanspruch wegen unterlassener Aufklärung über die Gebührenhöhe schlüssig dargelegt** (vgl. BGHZ 77, 27, 29; BGH, Urt. v. 18.9.1997 - IX ZR 49/97, GI 1998, 58 = NJW 1998, 136, 137).

a) **Ungefragt schuldet der Rechtsanwalt seinem Auftraggeber grundsätzlich keinen solchen Hinweis.** Der Mandant muß bei der Beauftragung eines Rechtsanwalts regelmäßig damit

rechnen, daß er die gesetzliche anwaltliche Vergütung zu zahlen hat. **Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Rechtsanwalt die voraussichtliche Höhe seines Entgelts mitzuteilen** (BGHZ 77, 27, 29 f; BGH, Urt. v. 18.9.1997, a.a.O.); die Beklagte hat nicht behauptet, daß sie dies von dem Kläger begehrt habe, bevor dieser mit seiner behaupteten Dienstleistung begonnen hat.

b) Allerdings kann sich aus besonderen Umständen des Einzelfalls nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) eine Pflicht des Rechtsanwalts ergeben, auch ohne Frage des Auftraggebers diesen über die voraussichtliche Höhe seiner Vergütung zu belehren. Insoweit hat die erforderliche Gesamtwürdigung zu berücksichtigen einerseits den Schwierigkeitsgrad und Umfang der anwaltlichen Aufgabe, einen ungewöhnlich hohen Gegenstandswert und sich daraus ergebende hohe Gebühren, die das vom Auftraggeber erstrebte Ziel wirtschaftlich sinnlos machen können, andererseits die Bedeutung der Angelegenheit für den Mandanten sowie dessen Vermögensverhältnisse und Erfahrung im Umgang mit Rechtsanwälten (RGZ 118, 365, 367; BGHZ 77, 27, 29, 32; BGH, Urt. v. 16.1.1969 - VII ZR 66/66, NJW 1969, 932, 933; v. 18.9.1997, a.a.O.; OLG Koblenz, MDR 1986, 1037).

Letztlich hängt eine anwaltliche Pflicht, den Auftraggeber vor Vertragsschluß über die voraussichtliche Höhe der Vergütung aufzuklären, entscheidend davon ab, **ob der Rechtsanwalt nach den Umständen des Einzelfalls ein entsprechendes Aufklärungsbedürfnis erkennen konnte und mußte** (BGH, Urt. v. 10.6.1985 - III ZR 73/84, NJW 1985, 2642, 2643).

aa) Eine solche Pflicht hat für den Kläger bestanden, falls das Vorbringen der Beklagten richtig ist, der Kaufvertrag sei seitens der Treuhandanstalt bereits im wesentlichen entworfen gewesen, als die Mitwirkung des Klägers begonnen habe; dieser habe nur Schriftstücke entgegengenommen und Termine abgestimmt; die Mitwirkung des Klägers sei inhaltlich unbedeutend gewesen und habe nur etwa zwei Stunden in Anspruch genommen.

In diesem Falle konnte und mußte der Kläger sich vor Abschluß des Anwaltsvertrages sagen, daß seine geringfügige Tätigkeit zur Vorbereitung des Kaufvertrages der Beklagten keinen Nutzen brachte, der in einem angemessenen Verhältnis zu den voraussichtlich hohen Gebühren nach dem behaupteten Gegenstandswert

von mehr als 45 Mio. DM stand, und daß er deswegen der Beklagten Gelegenheit geben mußte, nach Hinweis auf die Kosten über seine Beauftragung zu entscheiden. Eine solche Pflicht hat der Kläger dann fahrlässig verletzt. Die Beklagte hat behauptet, daß sie den Kläger bei pflichtgemäßem Verhalten nicht in der Kaufvertragsangelegenheit beauftragt hätte.

bb) Diesem Vorbringen der Beklagten ist der Kläger in rechtserheblicher Weise entgegengetreten. Nach seinem Vortrag hat er für die Beklagte den für diese bedeutungsvollen Unternehmenskauf von Anfang an in mehreren zeitaufwendigen Verhandlungen mit der Treuhandanstalt bzw. den von dieser beauftragten Rechtsanwälten sowie den Geschäftsführern der Beklagten vorbereitet. Sollte dies richtig sein, so war seine entsprechende Tätigkeit ungewöhnlich schwierig, wie sich aus der Kaufvertragsurkunde von 57 Seiten mit 36 Regelungspunkten ergibt.

In diesem Falle brauchte der Kläger die Beklagte nicht vor der Beauftragung mit dieser Tätigkeit auf seine voraussichtliche Vergütung hinzuweisen. Aus seiner Sicht **fehlte dann ein entsprechendes Aufklärungsinteresse der Beklagten, weil seine anfallenden Gebühren in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang und Schwierigkeitsgrad seiner Aufgabe sowie zur Bedeutung der Angelegenheit für die Beklagte standen.**

cc) Soweit die Beklagte die Voraussetzungen ihres Schadenersatzanspruchs zu beweisen hat, kann sie während des weiteren Verfahrens noch den bisher fehlenden Beweisantritt nachholen.

## II.

Weiterhin beanstandet die Revision zu Recht die Hilfsbegründung des Berufungsgerichts, eine anwaltliche Vergütungsforderung des Klägers sei – gemäß der Einrede der Beklagten – verjährt (§ 222 Abs. 1 BGB).

Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, daß ein **Anspruch eines Rechtsanwalts auf Gebühren und Auslagen in zwei Jahren verjährt** (§ 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB) **und die Verjährung mit dem Schluß des Jahres beginnt, in dem der Anspruch fällig geworden ist** (§§ 198, 201 BGB). **Fälligkeit tritt ein mit der Erledigung des Auftrags oder der Beendigung der Angelegenheit** (§ 16 Satz 1 BRAGO); maßgeblich ist der erste Eintritt eines dieser Tat-

bestände, falls – wie im vorliegenden Falle – nichts anderes vereinbart ist (BGH, Beschl. v. 13.7.1984 – III ZR 137/83, AnwBl 1985, 257; Urt. v. 24.10.1991 – IX ZR 18/91, NJW-RR 1992, 254, 255; v. 7.5.1998 – IX ZR 139/97, WM 1998, 1545, 1546).

**Der Lauf der Verjährungsfrist hängt nicht davon ab, wann der Rechtsanwalt seinem Auftraggeber die Berechnung der Vergütung mitteilt** (§ 18 Abs. 1 Satz 2 BRAGO: BGH, Urt. v. 24.11.1994 – IX ZR 222/93, ZIP 1995, 118; v. 6.7.1995 – IX ZR 132/94, WM 1995, 1962).

1. Erfolglos rügt die Revision die tatrichterliche Feststellung, im Oktober 1993 sei der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet gewesen, weil der Kläger nach seinem Vorbringen am 20.10.1993 nochmals mit dem Notar über steuerliche Einzelheiten des Kaufvertrages gesprochen habe und anschließend das Zerwürfnis der Parteien eingetreten sei. Für die Richtigkeit dieser Feststellung spricht, daß der Kläger der Beklagten bereits am 21.9.1993 eine „Kostenrechnung“ wegen seiner „Tätigkeit vor und bei Abschluß des Kaufvertrages“ erteilen ließ, die nur bezüglich des Gegenstandswertes als „vorläufig“ und „im Augenblick noch nicht abschließend“ bezeichnet wurde.

Dagegen macht die Revision vergeblich geltend, der Auftrag des Klägers wäre erst mit Abwicklung des Kaufvertrages im August 1998 erledigt gewesen; deswegen sei das Mandat erst mit Zugang der Klageerwiderung vom 1.2.1995 beendet worden. Nach dem eigenen Vorbringen des Klägers hat sein Auftrag aber nur die Vorbereitung und den Abschluß des Kaufvertrages, nicht aber dessen Abwicklung umfaßt.

Danach lief die Verjährungsfrist gemäß der Ansicht des Berufungsgerichts am 31.12.1995 ab.

2. Zu Recht wendet sich die Revision aber gegen die Ansicht des Berufungsgerichts, die Klageerhebung am 5.1.1995 habe die Verjährung nicht unterbrochen, weil damals nur die nicht vom Kläger unterschriebene Kostenrechnung vom 21.9.1993 vorgelegen habe und eine § 18 BRAGO entsprechende Berechnung der Vergütung erst am 5.9.1996 – also nach Ablauf der Verjährungsfrist – mitgeteilt worden sei. Diese Auffassung, die mit der Rechtsprechung mehrerer Instanzgerichte übereinstimmt (KG, ZZP 55 – 1930 –, 272 mit abl. Anm. Kraemer; ebenda, 447 mit abl. Anm. Friedlaender; AnwBl 1982, 71, 72; OLG Frankfurt, AnwBl 1975, 163; OLG Köln, AnwBl 1994, 471, 472; LG Berlin, MDR 1992, 524), teilt der Senat nicht.

Nach § 18 Abs. 1 Satz 1 BRAGO kann der Rechtsanwalt die Vergütung nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung einfordern, also durch Zahlungsklage oder Aufrechnung geltend machen (BGH, Beschl. v. 13.7.1984 - III ZR 136/83, AnwBl 1985, 257).

Die Streitfrage, ob es sich dabei um eine von Amts wegen zu berücksichtigende Prozeßvoraussetzung (so wohl BGH, Beschl. v. 13.7.1984 - III ZR 136/83, a.a.O., 258; Hartmann, Kostengesetze 27. Aufl., § 18 BRAGO Rdnr. 1, 21) oder um eine Voraussetzung der Begründetheit der Klage - im Sinne einer Einschränkung des materiellen Vergütungsanspruchs nach Art einer Naturalobligation - handelt (OLG Frankfurt, a.a.O.; KG, AnwBl 1982, 71, 72; Madert, a.a.O., § 18 Rdnr. 11 unter Berufung auf den genannten Beschluß des BGH; Fraunholz, in: Riedel/SuBbauer, BRAGO 7. Aufl., § 18 Rdnr. 3), kann dahinstehen.

Dies gilt auch für die weitere Frage, ob eine § 18 BRAGO entsprechende Mitteilung der Berechnung vorgenommen worden ist, indem die von einem anderen Rechtsanwalt unterzeichnete Klageschrift auf die beigelegte „vorläufige Kostenrechnung“ vom 21.9.1993 Bezug genommen hat.

a) **Hat mit der Einforderbarkeit eine Voraussetzung für die Begründetheit der Klage gefehlt, so ist dennoch die Verjährung des Vergütungsanspruchs durch die Klageerhebung unterbrochen worden** (§ 209 Abs. 1 BGB: Fraunholz, a.a.O., § 18 Rdnr. 6). Die Zustellung einer Klage, die - wie im vorliegenden Falle - den Voraussetzungen des § 253 ZPO entspricht, unterbricht die Verjährung auch dann, wenn die Klagebegründung keine schlüssige Darlegung des Klageanspruchs enthält; diese kann während des Rechtsstreits jederzeit nachgeholt werden, selbst wenn der Anspruch ohne die Unterbrechungswirkung der Klage bereits verjährt gewesen wäre (BGH, Urt. v. 26.6.1996 - XII ZR 38/95, NJW-RR 1996, 1409, 1410 m.w.N.).

**Dies gilt entsprechend für die Einklagung einer Gebührenforderung, über die der Rechtsanwalt noch keine Rechnung gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 BRAGO erteilt hat** (LG Zweibrücken, NJW-RR 1996, 824).

**Der Vergütungsanspruch wurde dann einfordern, als der Kläger vor der Verhandlung im Berufungsverfahren der Beklagten eine § 18 BRAGO entsprechende Rechnung mitgeteilt hat.**

b) **Die Verjährung des Vergütungsanspruchs ist auch dann durch die Klageerhebung unterbrochen worden** (§ 209 Abs. 1 BGB), wenn die Einforderbarkeit gemäß § 18 BRAGO eine Prozeßvoraussetzung sein sollte. Unterbrechungswirkung hat auch eine unzulässige Klage, wie sich aus § 212 BGB ergibt (BGHZ 39, 287, 291; 78, 1, 5; 103, 298, 302).

Zum maßgeblichen Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz war der Anspruch einforderbar.

c) Auch in diesen Fällen wird entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts und der Revisionserwidern der Zweck des § 18 Abs. 1 BRAGO erreicht, eine nach § 225 Satz 1 BGB unzulässige Erschwerung der Verjährung durch den Rechtsanwalt zu verhindern.

**Klagt dieser eine nicht einforderbare Honorarforderung ein, kann die Klage sofort abgewiesen werden. Dies zwingt den Rechtsanwalt in der Regel, die Einforderbarkeit seiner Vergütung gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 BRAGO herbeizuführen und die Forderung während der kurzen Verjährungsfrist einzuklagen.**

### III.

Das Berufungsgericht wird zu klären haben, ob der Kläger den behaupteten Anwaltsvertrag mit der Beklagten geschlossen hat und ob gegebenenfalls die Beklagte zu Recht geltend macht, nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) hätte der Kläger sie vor Vertragsschluß auf die Kosten einer anwaltlichen Tätigkeit hinweisen müssen.

Verbleibt es bei einem Vergütungsanspruch des Klägers, so wird die berechnete Forderungshöhe festzustellen sein (§§ 12, 118 Abs. 1 Nr. 1, 2 BRAGO unter Berücksichtigung von Gebührenermäßigungen nach dem Einigungsvertrag: vgl. dazu Hansens, AnwBl 1991, 24, 27 ff; Madert, AnwBl 1992, 175).

Inwieweit der vom Kläger zugrunde gelegte, von der Beklagten bestrittene Gegenstandswert zutrifft, ist nach §§ 7, 8 Abs. 2 BRAGO zu bestimmen. Die Bestellung des Klägers zum Aufsichtsratsmitglied der Beklagten kann sich auf die Vergütungshöhe auswirken (s.o. I. 2. c)).

## Honorar des Steuerberaters

- Berechnung nicht in Ordnung
- Nachbesserung der Rechnung
- Honorarrückforderung
- Tätigkeit im Ermittlungsverfahren  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.4.1998 - 13 U 86/96)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Behauptet der Mandant, eine Honorarrechnung sei nicht einwandfrei, kann er die Nachbesserung, z.B. die Berechnung oder die Angabe der Vorschriften der StBGebV, verlangen.
2. Behauptet der Mandant einen Rückforderungsanspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung, muß er darlegen und beweisen, daß er keinen Auftrag erteilt oder der StB keine Arbeit geleistet hat.
3. Für die Tätigkeit in einem Ermittlungsverfahren ist keine Zeitgebühr vorgesehen, sondern § 31 StBGebV ist maßgebend.
4. Der Steuerberater kann in einer korrigierten Rechnung nicht mehr als vorher verlangen (Leistungsbestimmung i.S.v. § 315 BGB).

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten hat zum Teil Erfolg.

Die Klage ist teilweise begründet. Die Klägerin hat gegen die Beklagte einen Anspruch auf Rückzahlung von 4.080,11 DM gemäß § 812 Abs. 1 Satz 2, 2. Alt. BGB.

**Die Klägerin ist darlegungs- und beweispflichtig dafür, daß die Beklagte ungerechtfertigt bereichert ist.**

Der Umstand, daß die Klägerin mehrere Akontozahlungen und im Juni 1994 einen Betrag von 27.788,80 DM, mit dem zu diesem Zeitpunkt bereits fällige und noch künftige Honorarforderungen der Beklagten verrechnet werden sollten und gemäß der Aufstellung der Beklagten vom 15.8.1994 verrechnet worden sind, an die Beklagte gezahlt hat, führt entgegen der Auffassung der Klägerin nicht zu einer Umkehr der Beweislast. Daß die der Klägerin erteilten Gebührenrechnungen der Beklagten nicht in allen Bereichen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen haben, führt nicht dazu, daß die Honorarzählungen der Klägerin ohne Rechtsgrund erfolgt sind.

**Rechtsgrund für die gezahlten Steuerberatervergütungen ist der Steuerberatervertrag der Parteien.** Die Erstellung einer endgültigen, vollständigen und fehlerfreien Gebührenrechnung gehört nicht zu den Voraussetzungen, die vorliegen müssen, damit der Anspruch des Steuerberaters auf Vergütung entsteht und fällig wird. Der Vergütungsanspruch wird gemäß § 7 StBGebV fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist.

Nach § 9 StBGebV kann der Steuerberater die Vergütung zwar nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung einfordern. **Daraus folgt aber nicht, daß der Steuerberater eine vom Auftraggeber an ihn gezahlte Vergütung zurückzahlen muß, wenn seine Berechnung nicht einwandfrei sein sollte. In einem solchen Fall ist der Steuerberater auf Aufforderung des Auftraggebers verpflichtet, die ihm erteilte Berechnung nachträglich zu berichtigen, wie es die Beklagte hier getan hat.**

Eine fehlerhafte Berechnung oder die Angaben unrichtiger Vorschriften in der Berechnung beeinflussen die Rechtswirkungen der Liquidation nicht (vgl. Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., Anm. 4 zu § 9 StBGebV). Die Klägerin konnte deshalb - zunächst - **nur verlangen, daß die Beklagte ihre Gebührenrechnungen nachbessert.** Das hat die Beklagte durch Erstellung korrigierter Rechnungen getan. Zur Nachbesserung war sie auch berechtigt.

Zu den einzelnen Rechnungen:

### Rechnung Nr. 113/93 vom 3.8.1993

Die vom Landgericht beanstandete Gebühr für den Jahresabschluß hat die Beklagte auf eine mittlere Gebühr ( $23/10 = 1.924,97$  DM) verringert. Soweit die Klägerin geltend macht, daß die Beklagte nach wie vor nicht erläutert habe, welche Abschlußvorarbeiten die Beklagte in Auftrag gehabt und ausgeführt haben wolle, die Behauptung der Beklagten über die Abschlußvorarbeiten bestreite sie mit Nichtwissen, kann die Klägerin damit nicht durchdringen.

Denn, wie bereits erwähnt, ist nicht die Beklagte, sondern die Klägerin, die einen Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung geltend macht, darlegungs- und beweispflichtig dafür, daß die Zahlung der Steuerhonorarforderung ohne Rechtsgrund erfolgt ist. **Sie muß beweisen, daß sie der Beklagten insoweit keinen Auftrag**

**erteilt hat oder daß die Beklagte die in Rechnung gestellten Leistungen nicht erbracht hat.** Das Bestreiten mit Nichtwissen reicht daher nicht aus, so daß insoweit die – gekürzte – Gebührenforderung der Beklagten in der korrigierten Rechnung gerechtfertigt ist.

Dagegen macht die Klägerin zu Recht geltend, daß die Beklagte in ihrer nach dem angefochtenen Urteil korrigierten Rechnung mehr verlangt als in ihrer ursprünglichen Rechnung. **Die Beklagte war nicht berechtigt, über ihre ursprünglich in Rechnung gestellten Gebühren hinauszugehen und für dieselben, bereits abgerechneten Tätigkeiten höhere Gebühren zu verlangen.**

Mit den Rechnungen konkretisierte die Beklagte die Leistungsinhalte und zugleich die von ihr dafür – im Rahmen ihres Bestimmungsrechtes gemäß § 11 StBGebV – verlangten Vergütungen. Diese vorgenommene Gebührenbestimmung kann die Beklagte nicht mehr nachträglich ändern, **soweit keine Nichtigkeits- oder Anfechtungsgründe vorliegen.**

**Denn durch das endgültig und abschließend gemeinte Leistungsverlangen der Beklagten hat sie eine Bestimmung des von ihr nach billigem Ermessen für geschuldet gehaltenen Entgelts i.S.v. § 11 StBGebV vorgenommen. Als Leistungsbestimmung i.S.v. § 315 BGB ist eine solche einseitige Willenserklärung grundsätzlich unwiderruflich und für den Bestimmungsberechtigten bindend** (OLG Köln, NJW-RR 1993, 1073, 1074; BAG, VersR 1981, 951; OLG Düsseldorf, GI 1992, 91, 92).

Das gleiche gilt für die **Auslagen**. Auch hier kann die Beklagte nicht mehr verlangen, als sie es in ihrer ursprünglichen Rechnung getan hat.

(Berechnung ...)

#### **Rechnung Nr. 439/94 vom 3.8.1994**

Auch hier hat die Beklagte in ihrer korrigierten Rechnung die Gebühren erhöht, so daß die Rechnung entsprechend den vorangegangenen Erläuterungen zu kürzen ist. Die Beklagte kann keine höheren Gebühren verlangen, als sie ursprünglich berechnet hat.

(Berechnung ...)

Da die Klägerin nur die Herabsetzung der Gebührenrechnung auf den vom Landgericht

zuerkannten Betrag von 6.895,63 DM begehrt, ist dieser Betrag in Ansatz zu bringen.

#### **Rechnung Nr. 587/93 vom 8.4.1993**

Die Klägerin macht ohne Erfolg geltend, daß die Beklagte eine Gebühr von 9/10 statt der vereinbarten Gebühr von 5/10 für die Buchführung in Rechnung gestellt habe. **Die vertragliche Vereinbarung bezüglich des Honorars der Beklagten für die Buchführung erfaßte bei Vertragschluß, soweit es Gaststätten betraf, nur eine Gaststätte. Als die zweite Gaststätte hinzukam,** hätte die Beklagte grundsätzlich die Buchführung für die zweite Gaststätte nach deren Jahresumsatz berechnen können und müssen (§ 33 Abs. 1 und Abs. 6 StBGebV) bzw. die Jahresumsätze beider Gaststätten zusammenrechnen und danach die vertraglich vereinbarte 5/10-Gebühr berechnen müssen, wie die Beklagte es in der Rechnung Nr. 438/94 vom 3.8.1994 für das Jahr 1992 getan hat.

**Wenn die zweite Gaststätte jedoch keinen positiven Umsatz hatte und damit eine Buchführungsgebühr nach dem Jahresumsatz nicht in Ansatz gebracht werden konnte, war die Beklagte berechtigt, die zusätzliche Buchführung durch eine Erhöhung des vertraglich vereinbarten Gebührenrahmens zu berücksichtigen.**

**Da den Auftraggeber grundsätzlich die Darlegungs- und Beweislast für die Unangemessenheit des Gebührenrahmens trifft, wenn er die Gebühren bereits bezahlt hat und sie – wie hier – im Wege des Bereicherungsanspruchs zurückverlangen will, muß hier die Klägerin darlegen, aus welchen Gründen der Gebührenansatz von 9/10 nach der Übernahme der zweiten Gaststätte und dem damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Beklagte überhöht ist.**

Gemäß § 33 Abs. 1 StBGebV beträgt die Monatsgebühr 2/10 bis 12/10. Die mittlere Gebühr liegt damit bei 7/10. Die in Ansatz gebrachte Gebühr von 9/10, die die Beklagte mehrfach unbeanstandet berechnet hatte, ist nicht überhöht.

#### **Rechnung 18/93/94 vom 12.7.1993**

**Da die Berechnung einer 9/10-Gebühr für die Buchführung für zwei Gaststätten gerechtfertigt ist, ist die von der Beklagten neu erstellte Rechnung nicht zu beanstanden.** Allerdings sind die in dieser Rechnung enthaltenen Akontozahlungen von insgesamt 400 DM aus der Rech-

nung herauszunehmen, so daß sich ein Rechnungsbetrag von 1.420 DM zuzüglich 15 % Mehrwertsteuer = 1.633 DM ergibt.

#### **Rechnung 104/93/94 vom 30.7.1993**

Auch hier bleibt es bei der 9/10-Gebühr für die Buchführung, so daß aus der neu erstellten Rechnung der Beklagten lediglich die Akontozahlung von 200 DM herauszunehmen ist. Danach verbleibt ein Rechnungsbetrag von 710 DM zuzüglich 15 % Mehrwertsteuer = insgesamt 816,50 DM. Das gleiche gilt für die Rechnungen Nr. 121/93 vom 9.8.1993, Nr. 166/93 vom 10.9.1993, Nr. 213/93 vom 11.10.1993 und Nr. 257/93 vom 8.11.1993.

#### **Rechnung Nr. 381/94 vom 11.7.1994**

Auch hier ist die von der Beklagten angesetzte 9/10-Gebühr für die Buchführung für zwei Gaststätten nicht zu beanstanden, so daß der Rechnungsbetrag in der neu erstellten Rechnung in Höhe von 1.152,76 DM gerechtfertigt ist.

#### **Rechnung Nr. 595/93 vom 13.4.1993**

In der neu erstellten Rechnung über 1.389,20 DM hat die Beklagte die ursprünglich in Rechnung gestellten Gebühren erhöht. Da sie, wie bereits erläutert, an die früheren Rechnungsbeträge gebunden ist, bleibt es bei den Gebühren gemäß der ursprünglichen Rechnung in Höhe von 721,51 DM.

#### **Rechnung Nr. 619/93 vom 23.4.1993**

**Die Klägerin macht erfolglos geltend, daß sie die Beklagte nicht mit den in Rechnung gestellten Arbeiten beauftragt habe und daß die Beklagte die Arbeiten auch nicht ausgeführt habe.** Für diese Behauptung ist die Klägerin, wie bereits erwähnt, **beweispflichtig**. Sie hat für ihre Behauptung jedoch keinen Beweis angetreten. Hinsichtlich der Höhe der Gebühren verbleibt es bei der ursprünglichen Rechnung, da die Beklagte die Gebühren nicht erhöhen durfte. Die Beklagte kann somit 369,15 DM verlangen.

#### **Rechnung Nr. 623/93 vom 26.4.1993**

Auch hier kann die Klägerin sich nicht mit Erfolg darauf berufen, daß sie insoweit der Beklagten keinen Auftrag erteilt und die Beklagte auch nicht die Arbeiten ausgeführt habe. Die Klägerin ist **auch hier beweisfällig geblieben**.

Da die Beklagte an die Gebühren gemäß ihrer ursprünglichen Rechnung gebunden ist, kann sie nur den ursprünglichen Rechnungsbetrag von 241,50 DM verlangen.

#### **Rechnung Nr. 645/93 vom 7.5.1993**

Das **Ermittlungsverfahren** richtete sich nach dem Vortrag der Beklagten **gegen die Geschäftsführerin der GmbH**. Insofern muß grundsätzlich die Klägerin die dadurch angefallenen Steuerberatergebühren tragen. Die Höhe der in Rechnung gestellten Gebühren – die Beklagte verlangt Zeitgebühren – ergibt sich aus der in der Rechnung angegebenen Vorschrift des § 21 Abs. 1 Satz 2 StBGebV nicht. Nach dieser Vorschrift kann nur eine Gebühr von 25 DM bis 335 DM berechnet werden.

**Für Besprechungen mit Behörden im Auftrag des Mandanten ist dagegen § 31 StBGebV maßgebend. Eine Zeitgebühr ist insoweit grundsätzlich nicht vorgesehen** (vgl. Eckert/Böttcher, § 21 StBGebV, Anm. 1; § 31 StBGebV, Anm. 3). Da auch die nachgebesserte Rechnung der Beklagten nicht der Steuerberatergebührenverordnung entspricht, sind die geltend gemachten Vergütungsansprüche der Beklagten nicht einforderbar.

#### **Rechnung Nr. 653/93 vom 13.5.1993**

Die neu erstellte Rechnung über 1.552,50 DM ist nicht zu beanstanden. Die Klägerin kann sich auch hier nicht mit Erfolg darauf berufen, daß die Beklagte keinen Auftrag zu den berechneten Arbeiten gehabt habe und daß der berechnete Stundensatz zu hoch sei, da die Klägerin insoweit die Beweislast hat und ihre Behauptungen nicht bewiesen hat.

#### **Rechnung Nr. 433/94 vom 2.8.1994**

Die Gebühren in Höhe von insgesamt 5.796 DM sind gemäß der neu erstellten Rechnung der Beklagten aus denselben Gründen wie bei der vorherigen Rechnung Nr. 653/93 vom 13.5.1993 begründet.

#### **Rechnung Nr. 36/93/94 vom 15.7.1993**

Die Berechnung der Nebenkosten gemäß der neu erstellten Rechnung in Höhe von 461,26 DM ist gerechtfertigt, weil die Parteien dies in dem Steuerberatervertrag ausdrücklich vereinbart haben.

(...)

## Rechnung Nr. 438/94 vom 3.8.1994

Hier hat die Beklagte für die Buchführung für das Jahr 1992 eine 9/10-Gebühr nach einem Wert von 660.000 DM angesetzt. Da die Beklagte vor der Übernahme der zweiten Gaststätte und der damit verbundenen Buchführung bei der Berechnung der Buchführungsgebühr einen Jahresumsatz von 600.000 DM angesetzt hat, ist mangels gegenteiliger Angaben davon auszugehen, daß es sich bei dem in der vorliegenden Rechnung angesetzten Betrag von 660.000 DM um den Jahresumsatz beider Gaststätten handelt.

Dann kann die Beklagte nach dem Steuerberatervertrag jedoch nur eine 5/10-Gebühr berechnen. Die 5/10-Gebühr beträgt bei einem Wert von 660.000 DM 308 DM monatlich  $\times 12 = 3.696$  DM jährlich. Hinzuzurechnen sind die Auslagen in Höhe von 40 DM, so daß sich ein Betrag von 3.736 DM zuzüglich 15 % Mehrwertsteuer = 4.296,40 DM ergibt.

Die Steuerberatergebühren über 926,44 DM gemäß Rechnung Nr. 263/93 vom 10.11.1993 und über 1.156,56 DM gemäß Rechnung Nr. 441/94 vom 4.8.1994 sind unstreitig.

Insgesamt beläuft sich die Honorarforderung der Beklagten auf 41.848,69 DM. Da die Klägerin Zahlungen in Höhe von insgesamt 45.928,80 DM erbracht hat, hat sie demnach 4.080,11 DM zuviel gezahlt. Die Beklagte ist verpflichtet, diesen Betrag an die Klägerin zurückzuzahlen.

## Honorar des Steuerberaters

- Zeithonorar
- Verjährung
- Fälligkeit

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.6.1998 - 13 U 151/97)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Die Zeitgebühr für die Einrichtung der Buchführung muß nicht nur § 32 StBGebV, sondern auch § 13 StBGebV, der die Gebührenhöhe regelt, nennen.

2. Der Honoraranspruch wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist (§ 7 StBGebV).

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nicht begründet, soweit der Kläger für die Einrichtung einer Buchführung 1.995 DM und für die Prüfung von Steuerbescheiden 176,70 DM verlangt. Insoweit entscheidet der Senat durch ein die Berufung zurückweisendes Teilurteil.

Hinsichtlich des darüber hinaus geltend gemachten Betrages von 110.069,28 DM bedarf es vor einer abschließenden Entscheidung jedoch der Sachaufklärung.

### I.

**Das Honorar für die Einrichtung der Buchführung in Höhe von 1.995 DM ist nicht einforderbar und klagbar**, der erhobene Anspruch ist aber auch längst verjährt.

1. Der im Streit befindliche Vergütungsanspruch des Klägers ist nicht einforderbar, weil sowohl die ursprüngliche Rechnung vom 30.12.1994 als auch die korrigierte Rechnung vom 28.10.1996 **den in §§ 9, 13 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) gestellten Anforderungen nicht genügen**. Da eine **Zeitgebühr nach § 32 StBGebV** geltend gemacht wird, hätte nicht nur diese Vorschrift, **sondern auch § 13 StBGebV, der die Höhe der Gebühr regelt, genannt sein müssen**.

2. Die Beklagte erhebt aber auch zu Recht die Einrede der Verjährung. **Nach § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB verjähren Ansprüche des Steuerberaters wegen seiner Gebühren und Auslagen in zwei Jahren. Die Verjährung beginnt gemäß §§ 198, 201 BGB mit dem Ende des Jahres, in welchem der Anspruch fällig geworden ist. Die Vergütung des Steuerberaters wird fällig, wenn der Auftrag erledigt ist oder die Angelegenheit beendet ist (§ 7 StBGebV).**

Nach der vorgelegten Rechnung hat der Kläger die **Buchführung im Jahre 1991 eingerichtet**. Die Verjährungsfrist war folglich mit Ablauf des 31.12.1993 vollendet.

Das Vorbringen des Klägers im Berufungsrechtszug, die Einrichtung der Buchführung habe sich bis Dezember 1992 hingezogen, läßt sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten schwerlich in Übereinstimmung bringen. **Das Mandatsverhältnis ist unstreitig im Oktober 1992 beendet worden**. Danach kann der Kläger nicht mehr mit der Einrichtung der Buchführung befaßt



## Steuerberaterhaftung

gewesen sein. **Da er eine Zeitgebühr verlangt, hätte er im übrigen konkret vortragen können, wann im Jahre 1992 noch Arbeiten durchgeführt worden sind.**

### II.

Die für die Prüfung von Steuerbescheiden angesetzten 176,70 DM kann der Kläger aus mehreren Gründen nicht beanspruchen.

1. In der Rechnung vom 30.12.1994 wird eine Gebühr für die **Prüfung von Steuerbescheiden des Jahres 1990** verlangt. Die Beklagte hat in Abrede gestellt, daß der Kläger die berechnete Leistung erbracht habe. Die von diesem im ersten Rechtszug vorgelegten Steuerbescheide stützen nicht sein, sondern das Vorbringen der Beklagten.

Der Gewerbesteuer-Heranziehungsbescheid für das Jahr 1990 trägt das Datum des 4.10.1993, der Bescheid für 1990 über den einheitlichen Gewerbesteuer-Meßbetrag das des 4.10.1993. **Zu diesem Zeitpunkt war das Mandatsverhältnis längst beendet.** Die Behauptung, die Parteien hätten noch bis Ende Oktober 1993 „wegen aller anstehenden Probleme“ korrespondiert, ist unsubstantiiert. Wegen der Steuerbescheide gab es keine Probleme.

Ein etwaiger Honoraranspruch für die Prüfung des Festsetzungsbescheides vom 26.7.1991 und die Abrechnung über die Umsatzsteuer vom 26.7.1991 wäre überdies verjährt. **Die Prüfung war nur sinnvoll, solange noch Einsprüche gegen die Bescheide eingelegt werden konnten.** Der Kläger dürfte sich mit ihrer sachlichen Richtigkeit also allenfalls im Jahre 1991 befaßt haben.

Soweit der Kläger im Berufungsrechtszug Schriftverkehr mit dem Finanzamt D. vorlegt, bezieht sich dieser auf die Umsatzsteuer 1989. In der Gebührenrechnung geht es aber um Steuerbescheide, die das Jahr 1990 betreffen.

2. Die berechnete Vergütung ist aber auch nicht einforderbar und klagbar. Der Kläger hat die Vorschrift des § 13 StBGebV nicht in seiner Rechnung erwähnt.

Daher gelten auch hier die Ausführungen unter I. 1.

- Zeitpunkt des Zugangs des Steuerbescheids
- Kausalität
- Information des Mandanten an Steuerberater (OLG Köln, Urt. v. 6.8.1998 - 18 U 293/98)

#### Leitsätze (d. Red.):

1. Kommt sowohl die formlose Übersendung des Steuerbescheids als auch dessen förmliche Zustellung in Betracht, muß der Steuerberater den Mandanten nach der Übersendungsart befragen.
2. Teilt der Mandant fälschlich die einfache Übersendung mit, fehlt es an der Kausalität zwischen dem verspäteten Einspruch und dem darauf angeblich beruhenden Schaden.
3. Der Steuerberater kann sich auf die Richtigkeit der Information des Mandanten verlassen, da es sich um eine leicht zu begreifende und zu beantwortende Frage handelt.

#### Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig, hat in der Sache aber keinen Erfolg.

Der Senat vermag sich der Begründung des angefochtenen Urteils zwar nicht anzuschließen. **Wenn sowohl die formlose Übersendung wie auch die förmliche Zustellung bei Steuerbescheiden, die auf Schätzung beruhen, in Betracht kommen, muß der Steuerberater seinen Mandanten nach der Übersendungsart befragen, um die Einspruchsfrist zuverlässig berechnen zu können.**

Tut er dies nicht und legt er infolge falsch berechneter Einspruchsfrist verspätet Einspruch ein, kann man seine grundsätzliche Haftung aus Verletzung (positive Vertragsverletzung) des Steuerberatervertrages - hier konkret des Auftrags zur Einspruchseinlegung - schwerlich verneinen.

Dies wie auch die unter den Parteien umstrittene Frage, in welcher Weise das Finanzamt im A.'er Raum auf Schätzung beruhende Steuerbescheide gewöhnlich bekanntmacht, können jedoch dahinstehen, denn der Klägeranspruch scheitert jedenfalls an der **mangelnden Kausalität** zwischen der Pflichtverletzung des Beklagten und dem auf der verspäteten Einspruchseinlegung beruhenden Schaden.

Der Beklagte beruft sich zu Recht darauf, **daß der Kläger auch bei einer ausdrücklichen Nachfrage in bezug auf die Übersendungsart mitgeteilt hätte, die Bescheide durch einfache Post und nicht per Zustellung erhalten zu haben.**

Dem entsprechenden Beklagtenvortrag unter Hinweis auf die von der Klägerseite erstinstanzlich mit Schriftsatz vom 22.9.1997 überreichte eidesstattliche Erklärung von Frau Rechtsanwältin B. vom 16.4.1997 hat der Kläger nichts entgegengesetzt. Aus besagter eidesstattlicher Versicherung ergibt sich, daß der Kläger selbst nach dem Hinweis des Finanzamtes auf die Zustellung der Bescheide und die Verspätung der Einsprüche noch darauf beharrte, die Bescheide mit einfachem Brief erhalten zu haben.

Muß somit davon ausgegangen werden, daß der Kläger auch auf entsprechende Fragen des Beklagten und sogar weitergehende Aufklärung über die Bedeutung der unterschiedlichen Bekanntmachungsarten geäußert hätte, die Bescheide durch einfache Post erhalten zu haben, folgt daraus, daß der dem Beklagten vorzuwerfende Pflichtverstoß, den Kläger nicht nach der Übersendungsart gefragt zu haben, nicht ursächlich für den entstandenen Schaden gewesen ist.

Die Annahme einer weitergehenden Verpflichtung des Beklagten, selbst bei einer entsprechenden Auskunft des Klägers noch weitere Ermittlungen zur Feststellung der Übersendungsart anzustellen, erscheint auch unter Berücksichtigung des Gebots, den nach den Umständen sichersten Weg zu beschreiten, überzogen.

**Der Beklagte hätte der Richtigkeit einer entsprechenden eindeutigen Mitteilung des Klägers nach vorheriger Erklärung der unterschiedlichen Übersendungsarten und Aufklärung über die Bedeutung dieser Frage ohne weiteres vertrauen dürfen, handelte es sich doch um eine auch von weniger gewandten und verständigen Menschen leicht zu begreifende und zu beantwortende Frage.** Gleichwohl noch zusätzliche Erkundigungen beim Finanzamt anzustellen, wäre unter den angenommenen Umständen jedenfalls nicht als geboten anzusehen.

Die Vermutung des Klägers, es müsse angenommen werden, daß der Beklagte sich das zutreffende Fristende 25.11.1996 notiert, die Notiz aber übersehen habe, würde zu keiner anderen Wertung führen.

Ging der Beklagte von einer formlosen Übersendung der Bescheide aus, war das Fristende mit dem 26.11.1996 gemäß §122 Abs. 2 Nr. 1 AO zutreffend berechnet.

Hätte er sich gleichwohl vorsorglich den 25.11.1997 als Fristende notiert gehabt, so ließe sich, wenn er dann doch die volle Frist bis zum 26.11.1997 ausnutzte, aus dem Umstand, die notierte Frist nicht eingehalten zu haben, kein selbständiger Pflichtverstoß ableiten.

## Anwaltshaftung

- Versicherungsmandat
- Brandschaden
- 2 1/2 Jahre Untätigkeit nach Ablehnung
- Mandatsende, Verantwortungsbereiche
- Unterbrechung des Kausalzusammenhangs  
(*OLG München, Urt. v. 15.12.1997 - 12 RR 338/96, AnwBl 1998, 608*)

### Leitsatz:

**Zur Schadenersatzpflicht eines Rechtsanwalts, der es unterläßt, den Entschädigungsanspruch seines Mandanten wegen eines Brandschadens gegen eine Versicherungsanstalt rechtzeitig geltend zu machen.**

### Aus den Gründen:

1. Zwischen den Parteien bestand ein Anwaltsvertrag, der als Dienstvertrag eine entgeltliche Geschäftsbesorgung (§ 675 BGB) zum Gegenstand hatte (*Palandt/Putzo, BGB 57. Aufl., Einf. vor § 611 Rdnr. 21; MünchKomm/Söllner, BGB 3. Aufl., § 611 Rdnr. 86; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und Notars 4. Aufl., Rdnr. I 4; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht, Rdnr. 2*).

**Gegenstand des Vertrags war die Regulierung des Brandschadens gegenüber der Nebenintervenientin, gegebenenfalls auch die Prozeßvertretung.**

Das Berufungsgericht hat festgestellt, daß der Beklagte zu 2) im Rahmen des Mandatsverhältnisses **als Sozios tätig** geworden ist. Es hat daher zu Recht angenommen, daß das Mandat beiden Beklagten (§§ 705, 421 BGB) erteilt worden war und eine Pflichtverletzung beiden Beklagten zuzurechnen ist (*vgl. BGHZ 56, 355*;

BGH, NJW 1993, 1779, 1780; Palandt/Heinrichs, Rdnr. 8, MünchKomm/Selb, Rdnr. 8, jeweils zu § 425; Vollkommer, Rdnr. 57 ff; Rinsche, Rdnr. I 161).

2. Der Anspruch wird darauf gestützt, daß die Beklagten es pflichtwidrig unterlassen hätten, den vom Kläger beanspruchten höheren Entschädigungsbetrag gegen die Nebenintervenientin gerichtlich geltend zu machen und dadurch der Anspruch des Klägers erloschen sei.

Das Berufungsgericht hat den Schadenersatzanspruch des Klägers gegen die Beklagten mit der Begründung verneint, daß das Unterlassen der Beklagten für den Schadeneintritt nicht kausal geworden sei, weil der Anspruch gegen die Nebenintervenientin auch noch nach Beendigung des Mandats hätte geltend gemacht werden können.

Diese Auffassung widerspricht allgemein anerkannten Grundsätzen, die in ständiger Rechtsprechung zur Anwaltschaft entwickelt wurden (vgl. BGH, VersR 1985, 146; BGH, NJW 1993, 1779; Vollkommer, Rdnr. 345 ff; Rinsche, Rdnr. I 237).

a) Ein Anwalt haftet aus positiver Vertragsverletzung, wenn sein Verhalten bei Mandatserledigung pflichtwidrig und die Pflichtwidrigkeit von ihm zu vertreten war, hierdurch beim Mandanten ein Schaden eingetreten ist, und das pflichtwidrige Handeln oder Unterlassen des Anwalts für den Schadeneintritt ursächlich war (vgl. Vollkommer, Rdnr. 20).

Die Beklagten handelten dadurch pflichtwidrig, daß sie es unterließen, während des Bestehens ihres Mandats den Anspruch des Klägers auf eine höhere Entschädigung gerichtlich geltend zu machen, obwohl sie hierzu beauftragt waren. **Spätestens nachdem die Nebenintervenientin die mit Schriftsatz der Beklagten vom 21.2.1992 geforderte höhere Entschädigung mit Schreiben vom 25.2.1992 endgültig abgelehnt hatte, hätten die Beklagten weitere Schritte unternehmen müssen.**

Es bestand kein nachvollziehbarer Grund, weshalb sie mehr als 2 1/2 Jahre mit der Klage zuwarteten. Die Untätigkeit der Beklagten über einen so langen Zeitraum hinweg stellte eine Pflichtverletzung dar, zumal sie die Frage der Erlöschensfrist nicht geklärt hatten und sie nicht darauf vertrauen konnten, daß der Anspruch erst zum 31.12.1994 erlöschen werde. Sie haben daher die Pflichtwidrigkeit auch zu vertreten (§ 276 BGB).

b) Die pflichtwidrige Unterlassung der Klage war für den eingetretenen Schadenerfolg auch **ursächlich**, vorausgesetzt daß der Kläger tatsächlich von der Nebenintervenientin eine höhere Entschädigung hätte verlangen können. Eine Unterlassung ist nämlich dann kausal, wenn die gebotene Handlung den Schadeneintritt verhindert hätte (Palandt/Heinrichs, Vorbem. v. § 249 Rdnr. 84; Larenz, Schuldrecht I 14. Aufl., § 27 III c; Vollkommer, Rdnr. 346).

Hätten die Beklagten alsbald Klage erhoben, wäre die Frist von 3 Jahren, nach welcher der Entschädigungsanspruch erlischt, unterbrochen worden (Art. 16 Abs. 1 VersG, Art. 71 Abs. 2 AGBGB i.V.m. § 209 BGB).

c) Ausgehend vom Rechtsstandpunkt des OLG, der Anspruch sei erst mit Ablauf des Jahres 1994 erloschen, **wird der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung der Beklagten und dem Schadeneintritt nicht dadurch „unterbrochen“, daß der Kläger nach Beendigung des Mandats noch die Möglichkeit hatte, Klage zu erheben, und sein neuer anwaltschaftlicher Vertreter es unterlassen hat, hiervon Gebrauch zu machen.**

**Eine „Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs“ wird dann angenommen, wenn ein Dritter in völlig ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den schadenträchtigen Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt** (vgl. BGH, NJW 1986, 1329, 1331 und 1993, 1779, 1780; MünchKomm/Grünsky, vor § 249 Rdnr. 52 ff, weist darauf hin, daß es sich um kein Kausalitätsproblem handelt, sondern um einen Haftungsausschluß aus Wertungsgesichtspunkten).

Davon kann hier nicht gesprochen werden. Der anwaltschaftliche Vertreter des Klägers hat im Gegenteil nach Herausgabe der Handakten durch die Beklagten im Oktober 1994 im folgenden Monat nochmals die Forderung gegenüber der Nebenintervenientin geltend gemacht und weitere Schritte nur unterlassen, weil diese sich auf das Erlöschen des Entschädigungsanspruchs bereits im April 1994 berufen hatte.

Die Annahme des Berufungsgerichts, die Unterlassung der Beklagten sei nicht kausal, ist daher nicht haltbar (...).

## Berichtigung von Steuerbescheiden

- Offenbare Unrichtigkeit, § 129 AO
  - USt-Vorauszahlung nicht in Einnahme-Überschuß-Rechnung
- (FG Berlin, Urt. v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97)

### Leitsatz (d. Red.):

Die versehentlich nicht übernommene USt-Vorauszahlung in die einkommensteuerliche Gewinnermittlung stellt eine offenbare Unrichtigkeit i.S.d. § 129 AO dar.

### Zum Sachverhalt:

Der verheiratete Kläger betreibt seit 1986 in B. einen Betrieb für den Ex- und Import von Künstlerbedarf. Den hieraus erzielten Gewinn ermittelt er durch Überschußrechnung gemäß § 4 Abs. 3 Einkommensteuergesetz (EStG).

Im Jahre 1991 hat er Umsatzsteuervorauszahlungen in Höhe von 7.784 DM, im Jahre 1992 Umsatzsteuervorauszahlungen in Höhe von 8.100,12 DM geleistet.

Mit seiner Einkommensteuererklärung für die Jahre 1991 und 1992 erklärte er folgende Gewinne aus Gewerbebetrieb:

1991: 19.005 DM

1992: 27.907 DM.

In den der jeweiligen Erklärung beigefügten Einnahme-Überschuß-Rechnungen war die Umsatzsteuervorauszahlung nicht als Betriebsausgabe erfaßt.

Entsprechend den Einkommensteuererklärungen setzte der Beklagte mit Bescheiden vom 6.10.1992 die Einkommensteuer 1991 auf 4.573 DM und die Einkommensteuer 1992 auf 7.368 DM fest.

Mit Schreiben vom 25.8.1993 beantragte der Kläger, die Einkommensteuerbescheide 1991 und 1992 zu berichtigen, da sich in die Überschußrechnungen ein Übertragungsfehler eingeschlichen habe: Die Betriebsausgaben seien um die Umsatzsteuervorauszahlungen gekürzt worden.

Mit Bescheid vom 17.9.1993 lehnte der Beklagte die begehrte Änderung ab. Zur Begründung trug er vor, die Vorschrift des § 129 Abgabenordnung (AO) sei bei Fehlern des Steuerpflichtigen nicht

anwendbar. Zwar bestehe die Möglichkeit, daß das Finanzamt einen Fehler des Steuerpflichtigen als eigenen übernehme; das sei aber nur dann der Fall, wenn die Fehlerhaftigkeit der Erklärung für das Finanzamt als offenbare Unrichtigkeit ohne weiteres erkennbar gewesen ist.

Diese Voraussetzung läge hier nicht vor. Die eingereichten Einkommensteuererklärungen hätten den Anschein der Richtigkeit gehabt. Das Finanzamt hätte den Fehler nur durch Beiziehung der Umsatzsteuerakten entdecken können.

Den hiergegen erhobenen Einspruch wies der Beklagte mit Einspruchsentscheidung vom 22.1.1997 zurück.

Hiergegen richtet sich die Klage, zu deren Begründung der Kläger im wesentlichen folgendes vorträgt:

Die betreffenden Einkommensteuerbescheide müßten entweder nach § 129 AO oder aber nach § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO korrigiert werden. Nach seiner Ansicht sei hier die Vorschrift des § 129 AO einschlägig. Da im Regelfall die Steuerfestsetzungen für Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer gleichzeitig vom Finanzamt bearbeitet würden, hätte dem Finanzamt auffallen müssen, daß in der Gewinnermittlung die Umsatzsteuervorauszahlungen nicht enthalten waren.

Wenn das Finanzamt dagegen bei der Festsetzung der Einkommensteuer nicht gewußt habe, daß der Kläger die betreffenden Umsatzsteuervorauszahlungen geleistet habe, würde es sich bei den streitigen Umsatzsteuerzahlungen um neue Tatsachen im Sinne des § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO handeln, so daß eine Änderung nach dieser Vorschrift vorgenommen werden müßte. Der Kläger verweist insofern auf das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 2.4.1987 mit dem Aktenzeichen IV R 255/84.

(Anträge ...)

Der Beklagte vertritt die Ansicht, die Voraussetzungen des § 129 AO lägen nicht vor. Es könne dahingestellt bleiben, ob die Unrichtigkeit dem zuständigen Sachbearbeiter erkennbar gewesen wäre, wenn er die Umsatzsteuervoranmeldungen und die Umsatzsteuererklärungen der Streitjahre eingesehen hätte.

Eine aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen erforderliche Sachverhaltsermittlung sei

kein mechanisches Versehen. In einem solchen Fall habe das Finanzamt zwar möglicherweise seine Amtsermittlungspflicht verletzt; eine Verletzung der Amtsermittlungspflicht zuungunsten des Steuerpflichtigen sei aber mit einer offenbaren Unrichtigkeit nicht gleichzusetzen.

Eine Änderung der Steuerbescheide nach § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO scheide aus, da die betreffenden Tatsachen, hier die streitigen Umsatzsteuervorauszahlungen, dem Finanzamt bei Erlass der Einkommensteuerbescheide bekannt gewesen seien. Da sich die Umsatzsteuervorauszahlungen aus den Umsatzsteuerakten ergeben, müßten sie als dem Finanzamt bekannt gelten.

#### Aus den Gründen:

Aufgrund des Einverständnisses der Beteiligten konnte das Gericht ohne erneute mündliche Verhandlung entscheiden (§ 90 Abs. 2 FGO). Die zulässige Klage ist begründet, weil der Kläger nach § 129 AO einen Anspruch darauf hat, daß der Beklagte die Einkommensteuerbescheide 1991 und 1992 ändert.

**Nach § 129 AO kann die Finanzbehörde Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten berichtigen, die beim Erlass eines Verwaltungsaktes unterlaufen sind. Aus der Formulierung des Gesetzes, daß der Fehler beim Erlass des Verwaltungsaktes unterlaufen sein muß, ergibt sich, daß grundsätzlich nur Fehler des Finanzamts gemeint sind, nicht dagegen Fehler des Steuerpflichtigen.**

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs muß die Vorschrift des § 129 AO aber auch Anwendung finden, wenn die Fehlerhaftigkeit von Angaben des Steuerpflichtigen für das Finanzamt ohne weiteres erkennbar war und das Finanzamt damit eine **offenbare Unrichtigkeit des Steuerpflichtigen als eigene übernommen hat** (vgl. BFH, Urt. v. 25.2.1972, BStBl II 1972, 550 sowie Urt. v. 2.4.1987, BStBl II 1987, 762).

Bei dem hier streitigen Fehler der beiden Überschußrechnungen handelt es sich um einen Fehler im Sinne des § 129 AO. Als derartige Fehler kommen **nur Schreib- und Rechenfehler sowie ähnliche offenbare Unrichtigkeiten** in Betracht. Nach § 129 AO können deshalb nur Fehler korrigiert werden, die auf einem mechanischen Versehen beruhen und bei denen die Möglichkeit eines Fehlers in der Tatsachen-

würdigung oder Rechtsanwendung ausgeschlossen werden kann. Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt.

**Nach Ansicht des Gerichts bestehen keine Zweifel, daß der hier zu beurteilende Fehler lediglich darauf beruht, daß der Kläger vergessen hat, die geleisteten Umsatzsteuervorauszahlungen in die einkommensteuerliche Gewinnermittlung zu übernehmen.** Daß der Kläger – etwa aufgrund eines Rechtsirrtums – davon abgesehen haben sollte, die betreffenden Aufwendungen als Betriebsausgaben geltend zu machen, hält das Gericht nicht für vorstellbar.

**Die betreffenden Unrichtigkeiten der Überschußrechnungen für die Streitjahre 1991 und 1992 waren auch offenbar im Sinne des § 129 AO.** Dies ist nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs dann der Fall, wenn der Fehler auf der Hand liegt, wenn er **durchschau- bar, eindeutig oder augenfällig** ist (vgl. BFH, Beschl. v. 4.9.1984, BStBl II 1984, 834). Diese Voraussetzung ist nach Überzeugung des Gerichts im vorliegenden Fall erfüllt, da der dem Kläger unterlaufene Fehler eindeutig und auch leicht zu erkennen ist.

**Da der Kläger im Rahmen seiner Einkommensteuererklärungen eine ausführliche Zusammenstellung der Einnahmen und der Ausgaben vorgelegt hat, war eindeutig zu ersehen, daß die betreffenden Umsatzsteuervorauszahlungen bei der Gewinnermittlung ohne Berücksichtigung geblieben sind;** da die Gewinnermittlungen im übrigen einen überschaubaren Rahmen haben, muß der betreffende Fehler auch als durchschau- bar und augenfällig angesehen werden. Jedenfalls bedurfte es keiner besonderen rechtlichen Überlegungen oder Berechnungen, um den betreffenden Fehler als solchen zu erkennen.

**Unerheblich** ist demgegenüber, ob der Beklagte möglicherweise verpflichtet gewesen war, die betreffenden Fehler in den Gewinnermittlungen durch einen Vergleich mit dem Inhalt der Umsatzsteuerakten aufzudecken.

Darauf kommt es im vorliegenden Zusammenhang nicht an, da die Korrektur eines Steuerbescheides nach § 129 AO aufgrund eines sogenannten Übernahmefehlers nicht davon abhängt, daß dem Finanzamt eine **Verletzung seiner Amtsermittlungspflichten** vorgeworfen werden kann, weil es den betreffenden Fehler nicht erkannt hat.

## Versicherungsschutz

- Rechtsschutzversicherung
  - Unnötige Kostenerhöhung, § 15 ARB 75
  - Obliegenheitsverletzung
- (AG Bremen, Urt. v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98)

### Leitsätze (d. Red):

1. Eine unnötige Kostenerhöhung kann darin liegen, daß ein Rechtsmittel gegen eine eindeutig falsche Kostenentscheidung nicht eingelegt wird.
2. Die Leistungsfreiheit setzt voraus, daß der Versicherungsnehmer oder der für ihn tätige Rechtsanwalt die Obliegenheit vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger haben vor dem Landgericht B. einen Prozeß gegen die Eheleute L. geführt. In diesem Prozeß haben sie ein Darlehen i.H.v. 19.000 DM zurückgefordert. Die Beklagten in jenem Verfahren haben den Empfang des Betrages nicht bestritten. Sie haben sich damit verteidigt, daß der Betrag in die Finanzierung der Grundstücksgemeinschaft A.-Straße 34 in B. einzubeziehen sei.

Für das Verfahren hatten die Kläger eine Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung. Die Kläger wurden vor dem Landgericht B. vom jetzigen Beklagten vertreten. Als Verkehrsanwalt war der jetzige Prozeßbevollmächtigte der Kläger tätig.

Im Termin vor dem Landgericht B. am 12.6.1997 wurden folgende Erklärungen zu Protokoll genommen:

Von seiten der Beklagten:

„Wir erkennen an, den Klägern 19.000 DM nebst 5 % Zinsen seit dem 19.9.1995 zu schulden“;

von beiden Parteivertretern übereinstimmend:

„Die Parteien sind sich darin einig, daß dieser Betrag in die Gesamtabwicklung der BGB-Gesellschaft zum Erwerb des Hauses A.-Straße 34 einzustellen ist.“

Danach haben die Parteivertreter den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt erklärt.

Das Gericht hat folgende Kostenentscheidung verkündet: Die Kosten des Rechtsstreits werden gegeneinander aufgehoben.

Die Parteivertreter verzichteten auf eine Begründung und Rechtsmittel gegen diesen Beschluß.

Mit Schreiben vom 10.12.1997 teilte die Rechtsschutzversicherung den Klägern zu Händen des jetzigen Beklagten mit, daß sie für den vor dem Landgericht B. geführten Prozeß keinerlei Kosten übernehme. Sie habe dies damit begründet, daß der Rechtsmittelverzicht des jetzigen Beklagten gemäß § 15 ARB der vorigen Absprache mit der Rechtsschutzversicherung bedurft hätte, da eine Kostenregelung zu deren Lasten vereinbart worden sei. Die Nichteinhaltung der Obliegenheit führe zur Leistungsfreiheit.

Die Rechtsschutzversicherung hat die Prozeßkosten für das vor dem Landgericht geführte Verfahren i.H.v. 1.155 DM vorgeschossen. Der jetzige Klägervertreter hat den Klägern 2.002,15 DM für seine Tätigkeit berechnet, die die Kläger bezahlt haben. Für den Beklagten haben die Kläger einen Gebührenanspruch in derselben Höhe errechnet.

Die Kläger behaupten, der Beklagte habe die sich aus dem Anwaltsvertrag ergebenden Pflichten dadurch verletzt, daß er auf Rechtsmittel gegen den Kostenbeschluß verzichtet habe. Dadurch sei ihnen die Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung entzogen worden.

Infolgedessen sei ihnen ein Schaden in Höhe des von der Rechtsschutzversicherung nunmehr zurückverlangten Gerichtskostenvorschusses sowie der bezahlten Anwaltskosten entstanden. Außerdem sei ihnen ein Schaden dadurch entstanden, daß die Rechtsschutzversicherung die Gebührenansprüche des jetzigen Beklagten nicht übernehmen werde.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, er habe die ihm obliegenden Pflichten nicht verletzt. Er habe auch den Rechtsmittelverzicht erklären dürfen.

### Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet.

Die Kläger hätten einen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten, wenn dieser eine Obliegenheit gemäß § 15 ARB verletzt hätte, die Versicherung dadurch leistungsfrei geworden wäre und den Klägern dadurch ein Schaden entstanden wäre.

Eine **Obliegenheitsverletzung** könnte darin liegen, daß der Beklagte auf Rechtsmittel gegen den Kostenbeschluß verzichtet hat, wenn dies zu einer unnötigen Erhöhung der Kosten, die von der Rechtsschutzversicherung zu tragen waren, geführt hat. **Eine unnötige Kosten-erhöhung kann darin liegen, daß ein Rechtsmittel gegen eine eindeutig falsche Kostenentscheidung nicht eingelegt wird** (Harbauer, *Rechtsschutzversicherung*, § 15 ARB 75, Anm. 21). Sie kann dann erst recht vorliegen, wenn gegen eine falsche Kostenentscheidung auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet wird.

Es kann jedoch nicht festgestellt werden, daß die vom Landgericht getroffene Kostenentscheidung falsch ist. Die Kläger haben im damaligen Verfahren die Zahlung von 19.000 DM verlangt. Die Beklagten haben die Fälligkeit bestritten und eingeräumt, daß dieser Betrag bei der Abwicklung der BGB-Gesellschaft einzubeziehen sei.

Die im Termin vom 12.6.1997 abgegebenen Parteierklärungen sind nicht als ein volles Ob-siegen der Kläger zu verstehen. Die Beklagten haben zwar anerkannt, den Betrag zu schulden, der Anspruch ist nach den abgegebenen Parteierklärungen nicht sofort, sondern erst mit der Abwicklung der BGB-Gesellschaft fällig.

Es kann nach dem Vorbringen der Parteien im Verfahren und nach den abgegebenen Parteierklärungen nicht ausgeschlossen werden, daß das Landgericht dazu neigte, den Anspruch der Kläger als nicht fällig anzusehen. Bei dieser Auffassung hätte es die Klage abweisen müssen und die Kosten des Verfahrens den Klägern auferlegen müssen.

In Anbetracht dieses Risikos ist die ergangene Kostenentscheidung nicht nachteilig für die Kläger, sondern sie entspricht gemäß § 91a ZPO unter Berücksichtigung des Sach- und Streitstandes billigem Ermessen. Zumindest war sie keine offensichtlich falsche Kostenentscheidung.

**Die Leistungsfreiheit des Versicherers setzt weiter voraus, daß der Versicherungsnehmer oder der für ihn tätige Rechtsanwalt die Obliegenheit vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.** Der Beklagte mußte danach zumindest in Kauf genommen haben, daß durch den Rechtsmittelverzicht eine Obliegenheit aus dem Versicherungsvertrag verletzt wird. Auch dies kann nicht festgestellt werden.

Mit dieser Möglichkeit mußte der Beklagte nur dann rechnen, wenn die Kostenentscheidung erkennbar nicht den Maßstäben des § 91a ZPO gerecht wurde. Die Entscheidung entsprach, wie oben ausgeführt worden ist, jedoch den Maßstäben. Der Beklagte mußte mithin nicht damit rechnen, mit dem Rechtsmittelverzicht gegen Obliegenheiten aus dem Versicherungsvertrag zu verstoßen.

Selbst wenn die Kläger dem Grunde nach mit ihrem Begehren Erfolg hätten, könnten sie zur Höhe keinen vollen Erfolg haben. Nach der Kostenentscheidung des Landgerichts B. sind von Klägerseite nur 1/2 von 1.155 DM = 577,50 DM zu tragen.

Der Klägervertreter hat aus dem ihm erteilten Auftrag keinen Anspruch auf die Hälfte der Gesamtgebühren gegen die Kläger, sondern nur einen Anspruch auf die Verkehrs-anwaltsgebühr gemäß § 52 BRAGO. Ihm ständen dann nur 1.458,77 DM einschließlich Erhöhungsgebühr, Porto, Pauschale und Mehrwertsteuer zu. Der Freistellungsanspruch gegenüber dem Beklagten wäre allerdings höher, als von den Klägern geltend gemacht worden ist.

Da, wie oben ausgeführt, eine zur Leistungsfreiheit der Rechtsschutzversicherung führende Obliegenheitsverletzung vom Beklagten nicht begangen worden ist, ist die Klage abzuweisen.

## GI Leitsätze

### Firmenzusatz „und Partner“/Kapitalgesellschaft

Der Firmenzusatz „und Partner“ darf seit dem 1.7.1995 nur noch in den Namen einer Partnerschaft aufgenommen werden. Allen anderen Gesellschaften – auch Kapitalgesellschaften – ist diese Bezeichnung verwehrt. Dies gilt auch für die Zusätze „+ Partner“ oder „& Partner“.  
(BGH, *Beschl. v. 21.4.1997 - II ZB 14/96, WPK-Mitt. 1997, 244*)

### Prozeßvollmacht/GbR

Eine Prozeßvollmacht ist durch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts erst dann erteilt, wenn alle vertretungsberechtigten Gesellschafter die Vollmacht unterzeichnet haben.  
(BFH, *Beschl. v. 10.3.1997 - V R 63/96, BFH/NV 1997, 770*)

**Steuerberaterhaftung/Auftragsumfang/  
Beantragung der Investitionszulage**

Ohne ausdrücklichen zusätzlichen Auftrag ist ein Steuerberater, dem allein die Lohn- und Finanzbuchhaltung für einen Betrieb übertragen ist, nicht verpflichtet, auf die Möglichkeit der Beantragung einer Investitionszulage hinzuweisen.

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 22.12.1994 – 18 a U 12/94, GI 1995, 233, rkr. nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95)

**Rechtsberatungsbefugnis/Wirtschaftsprüfer,  
vereidigte Buchprüfer/Vertragsberatung/  
Vertragsüberprüfung**

Soweit und solange Berufsangehörigen keine Erlaubnis nach dem Rechtsberatungsgesetz (RBerG) erteilt ist, gilt Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG uneingeschränkt mit der Folge, daß Berufsangehörige im geschäftlichen Verkehr für ihre Mandanten ohne unmittelbaren Zusammenhang mit einem erteilten Auftrag zur Erbringung wirtschaftlich-beratender Tätigkeit weder Gesellschaftsverträge sowie öffentlich-rechtliche Verträge rechtlich überprüfen noch zu den Verträgen Änderungsvorschläge unterbreiten dürfen. Die rechtliche Überarbeitung von Verträgen zur Gründung eines Verkehrsverbundes stellt danach eine unerlaubte Rechtsberatung dar.

(OLG Koblenz, Urt. v. 28.10.1997 – 4 O 759/97)

**Investitionszulage/Bewegliches Wirtschaftsgut/  
Ladeneinbau**

1. Bildet der Ladeneinbau unter Einschluß der Raumteiler, der Wandverkleidung, der Decke, Heizkörper und Belüftungseinrichtungen eine architektonische Einheit, ist er als unselbständiges Wirtschaftsgut nicht investitionszulagebegünstigt.

2. Eine Betriebsvorrichtung i.S.v. § 68 Abs. 2 Nr. 2 BewG stellt der Ladeneinbau nicht dar, weil mit ihm das Gewerbe unmittelbar nicht betrieben wird.  
(FG Brandenburg, Urt. v. 10.11.1993 – 2 K 154/92 I)

## GI Hinweise

**1. Der „Tipke/Lang: Steuerrecht“ erscheint in 16. Auflage im Verlag Dr. Otto Schmidt KG. Zahlreiche Änderungen des Steuergesetzgebers haben die Unbeständigkeit und Unsicherheit im Steuerrecht verstärkt. Der Tipke/Lang bringt Ordnung in das Steuerchaos.**

Dieses „Praxis-Hand-Lehr-Buch“ gibt die aktuelle systematische Übersicht über das komplette Steuerrecht einschließlich Verfahrensrecht und Steuerstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht in einem Band wieder.

Zahlreiche Quellen aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind ausgewertet. Das neue Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht und das Bewertungsrecht ist grundlegend neu dargestellt worden. Dasselbe gilt für das neue Gewerbesteuerrecht nach dem Wegfall der Gewerbekapitalsteuer.

Tipke/Lang: Steuerrecht, 16. Auflage, 1999, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1111 Seiten, gebunden, 108,- DM, ISBN 3-504-20133-9; Paperback, 88,- DM, ISBN 3-504-20134-7.

**2. Langenfeld hat das GmbH-Vertragspraktikum in 3. Auflage völlig überarbeitet und erweitert. Es enthält Gestaltungs- und Beratungsempfehlungen, Verträge und Formulare zum GmbH-Recht.**

Das Buch wendet sich an Vertragsgestalter und Berater, auch an die steuerlichen Berater einer GmbH. Es soll helfen, Fehler bei der Vertragsgestaltung zu vermeiden.

Als besondere Hilfeleistung für die Benutzung ist auf einer beigelegten Diskette jeder Formulierungsvorschlag abgespeichert.

Langenfeld: GmbH-Vertragspraktikum, 3. Auflage, 1999, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 366 Seiten und Diskette, 85,- DM, ISBN 3-504-32606-9.

### 3. Doetsch: Altersvorsorge für Manager

Doetsch verfügt über langjährige Erfahrungen bei der Beratung von Geschäftsführern, Managern und Vorständen. Von daher ist er in der Lage, sämtliche Versorgungsszenarien des genannten Personenkreises vollständig, umfassend und kompetent darzustellen.

Doetsch befaßt sich dabei zunächst einmal mit der Identifizierung des Versorgungsbedarfs, bevor er dann verschiedene Versorgungskonzepte



beschreibt. Dabei beschränkt er sich aber nicht nur auf Fragen der betrieblichen Altersversorgung (arbeits- und steuerrechtliche Gestaltungsfragen; deferred compensation), sondern ergänzt diesen zentralen Bereich seines Handbuchs um die entsprechenden Aspekte der Sozialversicherung und privaten Altersversorgung (Privatvorsorge mit Aktien, Bankeinlagen, Fondsprodukten und Lebensversicherungen). Damit liegt ein Handbuch vor, das in dieser Breite einzigartig ist.

Der Anwender – und dies sind für Doetsch nicht nur die juristischen Berater der Manager, sondern insbesondere auch die Manager selbst – hat mit diesem praxisorientierten Ratgeber einen kompakten, übersichtlichen Leitfaden zur Seite, der ihm auf alle relevanten Versorgungsfragen umfassend und prägnant Rede und Antwort steht und eine Vielzahl von Empfehlungen, Tips sowie Checklisten für die tägliche Praxis enthält – mithin eine Pflichtlektüre für alle Manager.

Abgerundet wird der Versorgungsleitfaden durch die Integration der wichtigsten Rechts- und Steuervorschriften.

Doetsch: Altersvorsorge für Manager, Luchterhand Verlag, Neuwied, 1998, 299 Seiten, gebunden, 98,- DM, ISBN 3-472-02641-3.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-2

### Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

### Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

### Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitend 99, 6

### Belehrungspflicht des StB/WP

- Entnahme, steuerfreie, § 52 Abs. 15 S. 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Investitionszulagenantrag 99, 50

### Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-Überschuß-Rechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

### Berufung

- >, zweite 99, 12

### Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

### Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

### Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

### Beweislast

- Honorarrückforderung 99, 39

### Entnahme

- >, steuerfreie, § 52 Abs. 15 S. 8 Nr. 2 EStG 99, 18

### Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO
- = Unterlagen beim Konkursverwalter 99, 24

### Firma

- Firmenzusatz „und Partner“ 99, 49

### Fristenkontrolle

- Bote 99, 29
- Empfangsbekenntnis 99, 25
- Fristenkontrollbuch
- = Erledigungskontrolle 99, 12
- = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes
- = Anweisung an Bürokräft 99, 12
- = Beförderung der Post durch Mitarbeiter 99, 29
- = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
- = Empfangsbekenntnis, Unterzeichnung des > 99, 12
- = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Organisationsanweisung
- = Anruf des Gerichts 99, 30
- = Gerichtspost 99, 28

### GI Aktuell

- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Gewerbebeertragsteuer 99, 28
- Restitutionsklage, Anmeldefrist 99, 2
- Schuldzinsen, private 99, 4
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR 99, 2

## GmbH

- Bareinlageverpflichtung 99, 20
- Geschäftsführer  
= Einlagebestätigung 99, 20

## Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über > 99, 33
- Einforderbarkeit 99, 33
- Fälligkeit 99, 33
- Rechtsbeistandstätigkeit 99, 33

## Honoraranspruch des StB

- Bereicherungsanspruch 99, 39
- Bestimmungsrecht 99, 39
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV 99, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV 99, 42
- Gebührenrahmen  
= Bestimmungsrecht, Festlegung 99, 39
- Rechnung, fehlerhafte  
= Nachbesserung 99, 39
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15 99, 42
- Zeitgebühr  
= Angaben, § 13 StBGebV 99, 42  
= Ermittlungsverfahren 99, 39

## Information an Mandanten

- Steuerbescheid, Übersendungsart 99, 43
- Unterbrechung der >  
= Rechtsanwalt, neuer 99, 44

## Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung 99, 50
- Betriebsvorrichtung 99, 50
- Ladeneinbau 99, 50

## Kausalität

- Information des Mandanten 99, 43

## Kostenerstattungsanspruch

- StB-Kosten 99, 18

## Mandatsniederlegung

- Fristenlauf 99, 29
- Mitteilung 99, 29

## Mitverschulden

- Bareinlage, GmbH 99, 20
- Informationen an StB 99, 43
- Prüfungspflicht des Mandanten 99, 25
- Steuererklärung  
= Zinserträge 99, 25

## Nachbesserung

- Rechnung, fehlerhafte 99, 39

## Prozeßvollmacht

- BGB-Gesellschaft 99, 49

## Rechtsanwalt

- Belehrungspflicht  
= Vergütungsanspruch 99, 33
- Beratungspflichten  
= Bauvertrag 99, 6
- Liebhaberei 99, 26
- Untätigkeit 99, 44
- Versicherungsmandat 99, 44

## Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- > durch WP  
= Vertragsberatung 99, 50

## Rechtsmittel

- >, einheitliches 99, 12
- >, wiederholtes 99, 12

## Schaden

- Eigentumswohnung 99, 16
- Kalkulationsschaden, USt 99, 22
- Kosten des StB 99, 18
- Schadenbetrachtung, konsolidierte  
= Eigentumswohnung 99, 16
- Umsatzsteuer 99, 22

## Steuerberatungsvertrag

- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kreditvermittlung 99, 15
- Zustandekommen des >  
= Abschluß, stillschweigender 99, 15  
= > mit Mitarbeiter 99, 22

## Steuerbescheid

- Übersendungsart 99, 43

## Unterschrift

- Wiedereinsetzung 99, 5

## Versäumnisurteil

- >, zweites 99, 12

## Versicherungsberatung

- Rechtsanwalt, Brandschaden 99, 44

## Versicherungsschutz

- Rechtsschutzversicherung  
= Kostenerhöhung, unnötige 99, 48  
= Obliegenheitsverletzung 99, 48

## Vollmacht

- Anscheinsvollmacht 99, 26
- Rechtsbehelfsverfahren 99, 26

## Werbeverbot

- Selbstdarstellung, erlaubte 99, 24
- Sozietät, gemischte 99, 24

## Wiedereinsetzung

- Unterschrift
- Vertrauensschutz

99, 5  
99, 5

OLG München v. 15.12.1997  
- 1Z RR 338/96  
= AnwBl 98, 608

99, 44

## Zugang

- Übersendungsart

99, 43

LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97

99, 18

LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr. 99, 20

LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr. 99, 22

BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98

99, 2

BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98

99, 28

BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98

99, 2

AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98 99, 48

BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96

99, 49

= WPK-Mitt. 97, 244

BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97

99, 24

= wistra 98, 177

BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98

99, 24

= wistra 98, 179

BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97

99, 33

BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97

99, 12

BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98

99, 32

BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98

99, 12

BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98

99, 30

BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98

99, 29

BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97

99, 6

BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98

99, 5

BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98

99, 4

BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96

= BFH/NV 97, 514

99, 24

BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96

= BFH/NV 97, 459

99, 25

BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96

= BFH/NV 97, 492

99, 4

BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95

= BFH/NV 97, 497

99, 4

BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96

= BFH/NV 97, 500

99, 26

BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96

= BFH/NV 97, 542

99, 26

BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96

= BFH/NV 97, 770

99, 49

BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96

= BFH/NV 97, 773

99, 28

BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96

= BFH/NV 97, 773

99, 28

BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97

= NJW 98, 2471

99, 26

OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97  
= BRAK-Mitt. 98, 235

99, 24

OLG Düsseldorf v. 13.2.1997

- 13 U 281/93

99, 16

OLG Düsseldorf v. 23.10.1997

- 13 U 225/96

99, 15

OLG Düsseldorf v. 2.4.1998

- 13 U 86/96

99, 39

OLG Düsseldorf v. 4.6.1998

- 13 U 151/97

99, 42

FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97

99, 46

FG Brandenburg v. 10.11.1993

- 2 K 154/92 I

99, 50

OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96  
= NWB Fach 30, 1127

99, 25

OLG Karlsruhe v. 22.12.1994

- 18 a U 12/94,

99, 50

rkr. nach Rücknahme

der Revision unter Az. IX ZR 22/95

OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97

99, 50

OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98

99, 43

Falsche Fax-Nr. des Gerichts •  
Organisation der RA-Praxis (BGH);  
Honorar des Liquidators •  
Sondervergütung, § 1 Abs. 2  
BRAGO (BGH);  
Honorar des Steuerberaters •  
Rahmensatz, Wechsel  
der Gewinnermittlung  
(OLG Düsseldorf);  
Abschlagszahlungen an StB •  
Verrechnungshinweise  
(OLG Düsseldorf);  
Fehlerhafte Prozeßvertretung •  
Verspätete Abgabe der Steuer-

erklärung • Verzug  
(OLG Düsseldorf);  
Vergleichsinhalt • Fehler  
des Sitzungsprotokolls  
(OLG Dresden);  
Notarhaftung • Ungesicherte  
Vorleistung, Grundstück an  
Liebhaber (OLG Hamm);  
RA-Haftung, Verkehrsanwalt und  
Prozeßanwalt • Verantwortungsbereich (OLG München);  
Schadenersatz wg. gezahlter  
Honorare • Mangelhafte StB-  
Leistung (LG Düsseldorf)



Welche Rechte und Pflichten haben  
Rechtsanwälte gegenüber ihren  
Mandanten und gegenüber Kollegen?  
Die CD-ROM „Anwalt in eigener  
Sache“ zeigt Ihnen anhand zum Teil  
sonst nicht veröffentlichter Recht-  
sprechung die Grenzen und Risiken  
Ihres Berufsalltags.

Die benutzerfreundliche Software  
ermöglicht den schnellen Zugriff auf  
Sachthemen sowie die Volltext- und  
Registerrecherche.  
Damit erhalten Sie ein Archiv rund um  
das Thema Mandat – intelligent und  
platzsparend.

## IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-40 70  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.